

LinksRutsch

Zeitung der LINKEN im Kreis Unna

Ausgabe 3 / 2023

Zeitung der Partei DIE LINKE.Kreisverband Unna

DIE LINKE.
Kreisverband Unna

Ein Herz für Panzer, nicht für Kinder

Anmerkungen zum Haushaltsentwurf der Regierung

Von Karl-Heinz Schimpf

Im September 2023 hat die Bundesregierung den Entwurf für den Haushalt 2024 vorgelegt. Mit diesem Haushalt bestätigt die Ampel ihre Grundlinie der „Zeitenwende“.

Nachdem ein gigantisches schuldenfinanziertes Aufrüstungsprogramm von 100 Mrd. EUR beschlossen wurde, wird diese Maßnahme mit einer beispiellosen Erhöhung des Militärhaushaltes abgerundet. „Nach NATO-Kriterien will die Bundesregierung im nächsten Jahr 85,5 Mrd. Euro für die Bundeswehr ausgeben. Das ist mit Abstand der größte Militärhaushalt aller Zeiten! Das sind 17 Mrd. Euro mehr als 2023.“ (Dietmar Bartsch)

Zusätzlich zu diesen riesigen Ausgaben für die Militarisierung unserer Gesellschaft werden Milliarden für Waffenlieferungen und die Übernahme von Staatsausgaben für die Ukraine aufgewendet.

Die Bundesregierung begründet alle diese Entwicklungen mit dem völkerrechtswidrigen Krieg in der Ukraine. Dennoch unternimmt Deutschland keinerlei diplomatische Aktivitäten zu Beendigung des Krieges. Keine Initiativen zu Waffenstillstand und Friedensverhandlungen. Dafür immer weitere Waffenlieferungen und die Eskalierung des Konfliktes.

Wer bezahlt diese Aufrüstung?

Das Geld wächst nicht auf den Bäumen. Der Staat kann diese Ausgaben durch höhere Steuern abdecken. Aber die Regierung will die großen Konzerne und deren Eigentümer nicht belasten. Mit dem „Wachstumschancengesetz“ finden im Gegenteil weitere Entlastungen für die Großkapitalisten statt. Zugleich hält man an der „Schuldenbremse“ fest, die die Verschuldung im normalen Haushalt eng begrenzt (mit den „Sondervermögen“ werden allerdings dennoch erhebliche Kreditfinanzierungen vorgenommen).

Es war daher zu erwarten, dass die ganze Aufrüstung und Kriegsfinanzierung zu einer weiteren Reduzierung der Sozial- und Bildungshaushalte führt. Wie immer bezahlen die „kleinen Leute“ die Aufrüstung und die Profite der Rüstungskonzerne.

Der Haushalt enthält z. B. folgende Kürzungen:

- Bildung und Forschung - 91,7 Mrd. €
- BAföG - 440 Mio. €
- Schüler - 212 Mio. €
- Wohngeld - 480 Mio. €
- Elterngeld - 290 Mio. €
- Kosten Unterkunft - 700 Mio. €
- Pflegegeld - 1.000 Mio. €

Kindergrundsicherung: Ein gebrochenes Versprechen

Deutschland gehört zu den reichsten Ländern der Welt. Das gilt auf jeden Fall für die Zahl und den Reichtum der Milliardäre und Multimillionäre. Zugleich nimmt in Deutschland die Armut in erschreckendem Maße zu.

Im Jahr 2021 betrug die Armutsquote 16,9 %, das sind 14,3 Mio. Menschen. Die Kinderarmut ist noch erheblich höher. Hier beträgt die Armutsquote 21,6 %. Mehr als jedes 5. Kind lebt in Armut.

Seit Jahren wird über eine „Kindergrundsicherung“ diskutiert. Die Linke fordert das, bei der Bundestagswahl haben SPD und Grüne eine Einführung versprochen.

Die Kindergrundsicherung soll mehr als eine Verwaltungsreform sein. Sie soll als ein wichtiger Schritt zur Bekämpfung der Armut ausgelegt werden.

Die Familienministerin Lisa Paus hat anfangs zwölf Milliarden Euro für die Kindergrundsicherung veranschlagt. Sozialverbände wie die Diakonie Deutschland halten mindestens 20 Milliarden Euro für notwendig, um die Kinderarmut wirksam zu bekämpfen.

Im Zuge der Finanzierung der Aufrüstung hat die Ampelkoalition diesen Betrag auf 2,4 Mrd. € zusammen gestrichen. „Die

In populistischer AFD-Manier behauptet der FDP-Chef, der Grund für die steigenden Kinderarmut sei die Zuwanderung. Es geht der FDP nicht um höheren Mindestlohn, höheres Bürgergeld oder eine Kindergrundsicherung, sondern um die Parole „Ausländer raus“. Hier for-



verhandelte Lösung zur Kindergrundsicherung ist ein enttäuschender Kompromiss. Die zusätzlichen 2,4 Milliarden Euro sind wenig mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein, der kaum substanzielle Linderung der Kinderarmut in Deutschland bringt (Marcel Fratzscher, DIW).

Lindner macht Stimmung gegen Arme und Migranten

Der Finanzminister Lindner betont, dass die Armut der Eltern, insbesondere der Bezug von Bürgergeld, eine Ursache für die Armut der Kinder ist.

miert sich ein großes Bündnis der Ausländerfeinde von FDP über CDU/CSU bis hin zur AFD.

Notwendig: Umsteuern

Die Linke tritt gegen die Kürzungen im Sozial- und Bildungsbereich ein. Wir lehnen die Aufrüstung und Militarisierung Deutschlands ab. Wir möchten Friedensinitiativen statt Eskalation des Krieges. Wir sagen nein zu einer Politik, die den 3. Weltkrieg riskiert.



„Christian Lindner & die FDP haben mit 2 Milliarden einen Punkt gesetzt wo klar ist, all das ist angeblich nicht finanzierbar, dagegen ist es durchaus möglich
Konzerne & Multimillionäre steuerlich zu entlasten & ich finde man muss das wirklich als Skandal ansehen. Selbst ein Neoliberaler kann nicht dafür sein, einen großen Teil der jungen Generation abzuhängen!“
Prof. Butterwegge



Impressum

Herausgeber der Zeitung LinksRutsch ist der Kreisverband DIE LINKE im Kreis Unna.

Verantwortlich im Sinne des Presserechts ist Karl-Heinz Schimpf, Kimbrenstraße 5, 58239 Schwerte. Hinweise, Informationen und Kritik senden Sie an linksrutsch@dielinke-kreis-unna.de.

DIE LINKE.
Kreisverband Unna

Von Peter Weyers

Liebe Leserinnen und Leser,

was erwartet sie in dieser Ausgabe? Die SPD in Bergkamen und die CDU in Schwerte stellen Plagiatsanträge, die wir Linke schon vor längerer Zeit gestellt haben.

Wir freuen uns natürlich, dass auf diesem Weg Bewegung in die Themen kommt, finden die Art und Weise aber trotzdem nicht in Ordnung.

Aktuell ist ein Artikel über die geplante Krankenhausreform. Beschäftigte in Krankenhäusern kämpfen gegen Schließungen, die vor allem deswegen passieren werden, weil es politisch so gewollt ist. Das passiert auf Kosten der wohnortnahen Versorgung von Patienten, die bei Herzinfarkten und Schlaganfällen ganz besonders wichtig ist. Der örtlichen Mo-

nopolpresse kann man entnehmen, dass auch das Marienkrankenhaus in Schwerte in finanzielle Schieflage geraten ist. Wir Linke haben kreisweit die Volksinitiative „Gesunde Krankenhäuser in NRW“ mit diversen Unterschriftensammlungen und Mahnwachen unterstützt. Letztlich umsonst, weil nicht das erforderliche Quorum von 0,5% erreicht wurde. Erst wenn das eigene Krankenhaus an der Reihe ist, werden die Bürgerinnen und Bürger wach und kämpfen. Oft ist es dann zu spät. Wir werden wieder auf die Straße gehen, um für unsere Krankenhäuser zu kämpfen. Unterstützen Sie uns.

Weiterhin finden wir den Zustand der Friedensbewegung in Deutschland erwähnenswert und fragen uns, warum es so wenig Friedensaktivismus in Deutschland gibt.

Was uns alle betrifft, sind die geplanten

Kürzungen im Bundeshaushalt 2024. Hier droht ein Kahlschlag im sozialen Bereich.

Natürlich ist auch das Thema Armutsbekämpfung im Kreis Unna ein Thema. Hierzu gibt es Beiträge, die sich mit dem Projekt Change und unserem Antrag beschäftigen, die Tafel in Schwerte von Seiten der Stadt Schwerte besser zu unterstützen.

Ans Herz legen möchte ich Ihnen auch den Artikel über die IGA in Bergkamen, die 2027 dort stattfinden soll.

Unsere Fraktion im LVR macht aufmerksam auf eine Ausstellung mit verschiedenen Veranstaltungen zum Thema Migration in Hamm. Hier geht es unter anderem um Geflüchtete mit Behinderun-

gen.

Aber auch Artikel über unsere Summer Party, die Beteiligung von Ehrenamtlichen in der Betreuung von Flüchtlingen und der regelmäßige Buchtipps sind lesenswert.

International werden wir mit einem Artikel, der sich mit dem Putsch in Chile vor 50 Jahren am 11.09.1973 befasst.



NRW-Altschuldenfond ungenügend

Landkreise, Städte und Gemeinden völlig unterfinanziert

Die Verschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände in Nordrhein-Westfalen hat Ende 2022 bei rund 61 Milliarden Euro gelegen. Insbesondere die Städte im Ruhrgebiet sitzen auf einem Berg von Altschulden, der nicht kleiner wird.

Auch am Rand des Ruhrgebietes, so im Kreis Unna, gibt es hoch verschuldete Städte und Gemeinden. So war auch die Stadt Schwerte jahrelang in einem Haushaltssicherungsprogramm und war gezwungen, Spielplätze, das Schwimmbad, ein Jugendzentrum und viele weitere Einrichtungen zu schließen.

Warum haben die Kommunen so viele Schulden?

Die Ausgaben der Kommunen werden zu einem großen Teil durch Gesetze des Bundes und des Landes bestimmt. Den Löwenanteil der Ausgaben sind durch die Sozialausgaben bestimmt.

Dazu gehören die Kosten für Unterkunft und Heizung der Bürgergeldempfänger, die Sozialhilfe und die Grundversicherung im Alter, die Leistungen der Jugendhilfe, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (Flüchtlinge) und vieles mehr. In vielen Ruhrgebietsstädten mit einer großen Anzahl von Langzeitarbeitslosen und einer großen Altersarmut in Folge des Strukturwandels häufen sich die Probleme und die Verschuldung.

Der Städtebund stellt fest, dass der Bund „mit seiner Sozialgesetzgebung wesentlich dazu beigetragen habe, dass sich in den Kommunen so viele Altschulden angesammelt hätten“.

Altschuldenfond als Lösung der Schuldenproblematik

Die Bundesländer Hessen und Rheinland-Pfalz haben Entschuldungsprogramme für die Kommunen beschlossen. NRW, das Bundesland mit dem höchsten Stand

der kommunalen Verschuldung, hat immer noch keine Lösung beschlossen.

Der Vorschlag der Landesregierung hat vorgesehen, eine Entlastung von 20 Mrd. € auf den Weg zu bringen. Davon soll der Bund 10 Mrd. € übernehmen. Die 10 Mrd. € des Landes sollen den Kommunen aber über sinkende Landeszuschüsse wieder entzogen werden. Der Städtebund NRW kommentiert: „Was man uns als Schuld abnimmt, müssen wir nach den Plänen der Landesregierung über Jahrzehnte hinweg selbst refinanzieren über Abzüge im Gemeindefinanzierungsgesetz.“

Neue Belastungen durch das „Wachstumschancengesetz“

Schon jetzt übernehmen Bund und

Land nicht vollständig die Ausgaben der Gemeinden für die von ihnen beschlossenen Gesetze. Mit dem Bundeshaushalt 2024 werden die Bundeszuwendungen aus der Einkommen- und Umsatzsteuer an die Städte in NRW massiv um 600 Millionen Euro sinken. Das vom Bund geplante „Wachstumschancengesetz“ drückt die Steuererträge der Städte nach unten. Dadurch kommen die Kommunalfinanzen noch mehr unter Druck.

Gemeindefinanzierung neu regeln

Die Städte und Gemeinden haben wesentliche Aufgaben für die Daseinsvorsorge ihrer Bürger. Sie finanzieren die Schulen, die Kindertagesstätten, Schwimmbäder, Sportstätten, die Feuerwehr und

Was tun?

- Den kommunalen Anteil am Steueraufkommen des Landes in Richtung 28 Prozent erhöhen
- Bund und Land müssen zusätzliche Aufgaben für die Kommunen vollständig erstatten
- Kosten für Sozialleistungen mittelfristig durch Land und Bund übernehmen
- Einen Entschuldungsfonds des Landes zur Übernahme kommunaler Altschulden schaffen

DIE LINKE Wahlprogramm NRW 2022

die Rettungsdienste und vieles mehr. Sie tragen die Jugendhilfe und viele Sozialausgaben, Sozialhilfe, Wohngeld und Flüchtlingshilfe.

DIE LINKE tritt dafür ein, dass die Gemeinden auskömmlich finanziert werden. Es muss möglich sein, langfristig diese Aufgaben ohne die Anhäufung immer höherer Schuldenberge zu erledigen.

Zugleich fordern wir, dass Land und Bund die Altschulden der Kommunen übernehmen.



Krankenhäuser vor dem Kollaps

Die Krankenhauspolitik des Bundes und der Länder ist seit Jahren katastrophal. Kennzeichen der Entwicklung sind folgende Tatsachen:

- Die Anzahl der Krankenhäuser und der Krankbetten sinkt. Gab es in NRW im Jahr 2011 noch 401 Krankenhäuser, so sind es 2021 nur noch 335. Die Zahl der Krankbetten ist von 121.000 auf 114.000 gesunken.
- Im ländlichen Raum ist die ortsnahe Grundversorgung vielerorts nicht mehr gesichert.
- Krankenhäuser werden privatisiert. Kommunen und Kreise verkaufen ihre Krankenhäuser an private Krankenhauskonzerne wie Helios-Kliniken, Asklepios oder SANA-Kliniken)
- Durch das System der Fallpauschalen werden die Kliniken dazu gedrängt, möglichst nur solche Tätigkeiten zu übernehmen, die zu höheren Gewinnen führen.

Inhalte der Krankenhausplanung des Bundes

„Mit dem angeblichen Eckpunktetapier leitet Bundesgesundheitsminister Lauterbach ein Krankenhaussterben ein, wie es die Bundesrepublik noch nicht ge-

lei Perspektive geboten, eine Übergangsfinanzierung verweigert der Gesundheitsminister. Lauterbach räumt ein, dass in den nächsten Jahren viele Krankenhäuser in die Insolvenz gehen werden.

Auch die Krankenhausplanung in NRW geht den gleichen Weg. Die Landesregierung kündigt an, die Kosten, die das Krankenhauswesen verursacht, zu senken und

Finanzielle Notlage im Marienkrankenhaus Schwerte

Probleme (macht)die wirtschaftliche Lage des Krankenhauses, das in diesem Jahr in ein Minus von 750.000 Euro gerutscht ist. Für 2024 erwartet man eine Steigung des Defizits auf knapp 4 Millionen Euro (RN 19.9.23).

bis zum Jahr 2032 18.400 Krankenhausbetten (= 17,9 % der Betten) abzubauen. Um das zu erreichen, sollen 570.000 Krankenhausbehandlungen jährlich, fast 12 % der „Fälle“, in Arztpraxen und medizinischen Versorgungszentren verlagert werden.

Diese Verlagerung führt aber zu Versorgungslücken. „In Deutschland fehlt das Bindeglied zwischen Krankenhaus und Arztpraxis, das in fast allen Nachbarländern vorhanden ist: Leicht erreichbare und zugängliche, rund um die Uhr geöffnete ambulante Versorgungszentren, in denen Ärzt*innen verschiedener Fachrichtungen, Pflegekräfte, Med. Fachangestellte, MTAs, Psycholog*innen und Sozialarbeiter*innen zusammenarbeiten; Zentren, die über ein Labor, eine Röntgenabteilung, einen Computertomografen und andere diagnos-

tische Einrichtungen und über eine ausreichende Zahl an Überwachungsbetten verfügen“, schreibt das »Bündnis für ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitswesen in NRW«.

Um Kosten zu senken, wird die ortsna-

he Krankenhausversorgung erheblich reduziert.

Was muss geschehen?

Kurzfristig gilt es, die Insolvenzwelle bei den Krankenhäusern zu stoppen. Dazu muss das Land NRW und der Bund die wegen der Inflation gestiegenen Kosten und die Kosten der Tariflohnsteigerungen ausgleichen.

Langfristig brauchen wir eine wirkungsvolle und vernünftige Krankenhausplanung in allen Regionen. Ökonomie über das Wohl und Wehe von Krankenhäusern entscheiden zu lassen, ist aber russisch Roulette und hat mit Vorthaltung guter Versorgung nichts zu tun. Wir brauchen eine auskömmliche Finanzierung aller notwendigen Krankenhäuser und die vollständige Abschaffung der Fallpauschalen, die falsche finanzielle Anreize setzen.

Gemeinwohlorientierung und Gewinnverbot!

- Orientierung an Bedarfsgerechtigkeit in der Versorgung.
- Stopp der Privatisierung von Krankenhausträgern.
- Abschaffung des DRG-Fallpauschalensystems.
- Kostendeckung in der Krankenhausfinanzierung.
- Verbindliche Personalschlüssel für alle Bereiche im Krankenhaus.
- Demokratisierung von Krankenhausplanung und Steuerung.

Gesunde Krankenhäuser in NRW – für ALLE!

- patientenorientiert, barrierefrei und selbsthilfefreundlich,
- wohnortnah und bedarfsorientiert geplant für alle in NRW,
- vollfinanziert durch das Land NRW,
- mit guten Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten.
- Ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitswesen – ohne Profite!

<https://gesunde-krankenhaeuser-nrw.de>



sehen hat“, warnt Gesundheitspolitiker Ates Gürpınar: „Immer mehr Kliniken geraten aktuell aufgrund nicht refinanzierter Kostensteigerungen in wirtschaftliche Schieflage. Mit der Krankenhausreform wird ihnen für die nächsten Jahre keiner-



Krankenhausesellschaft NRW zur aktuellen Notlage der Kliniken: Insolvenzwelle bei Krankenhäusern

Pressemitteilung KGNW

Die Krankenhäuser müssen für 2024 mit empfindlichen Defiziten planen, die viele in eine wirtschaftliche Schieflage bis hin zur konkreten Insolvenzgefahr bringen. Der Grund: Die Bundesregierung gewährt den Krankenhäusern bisher weder eine ausreichende Kompensation für die **in Inflationsbedingten Kostensteigerungen**, noch sorgt sie dafür, dass die für das Jahr 2024 von ihr verabredete **Tarifsteigerung** von rund zehn Prozent gegenfinanziert wird.

Die Folge: Die Krankenhäuser müs-

sen für das kommende Jahr **hohe Verluste** – teils im zweistelligen Millionenbereich – einplanen. „Alle Klinik-Geschäftsleitungen stehen vor einer schwierigen Entscheidung: Sie wollen den Beschäftigten die verdiente Tarifierhöhung zahlen. Denn damit werden die Wertigkeit ihrer Arbeit und ebenso die Attraktivität der Krankenhäuser als Arbeitgeber unterstrichen.

Aber weil den (Kliniken) das Geld dazu fehlt, bringen sie ihr Krankenhaus und damit viele, viele Arbeitsplätze in Gefahr.

Friedensbewegung

Von Peter Weyers

Ich war 21 Jahre alt, als am 10. Oktober 1981 die erste große Demonstration der Friedensbewegung im Bonner Hofgarten stattfand.

300.000 Menschen versammelten sich in der Bundeshauptstadt, darunter Petra Kelly von den Grünen und Erhard Eppler von der SPD. Sie protestierten gegen die Rüstungspolitik der NATO und des Warschauer Paktes.

Friedensdemo 1981 in Bonn

Menschen aus vielen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen waren nach Bonn gekommen: Gewerkschaftsangehörige, Sozialdemokraten, Grüne, Christen, Kommunisten, Liberale, Pazifisten und sogar Soldaten in Uniform.

Die Friedensbewegung hatte Strahl-

le in Gang gesetzt, obwohl damals schon beide Militärblöcke zum zwanzigfachen Overkill fähig waren.

Friedensbewegung aus der Mitte der Gesellschaft

Damals herrschte kein Krieg in Europa, aber die meisten Menschen hatten damals schon ein klares Feindbild. Angst vor der Sowjetunion wurde allenthalben geschürt. Die Friedensbewegung war nicht nur „links“, sondern befand sich in der Mitte der Gesellschaft. Gleichwohl wurde ihr damals schon Einseitigkeit vorgeworfen, weil sich die Proteste vor allem an die eigene Regierung wendeten.

Erhard Eppler: „Der Grund dafür ist sehr einfach. Weil wir diese unsere Regierung gewählt haben und nicht die sowjetische.“

Heute herrscht Krieg in Europa. Wir haben es also nicht nur mit Aufrüstung zu tun, sondern mit einer weiteren Eskalationsstufe. Wir verurteilen den Einmarsch Russlands in die Ukraine und fordern Putin auf, seine Truppen nach Hause zu rufen. In der Ukraine findet ein lokaler Abnutzungskrieg auf Kosten der ukrainischen Bevölkerung statt, der noch Jahre dauern kann und heute schon globale Auswirkungen hat, unter denen u. a. die Menschen in Afrika leiden, die überhaupt keine Player in diesem Krieg sind.

Dem Sterben ein Ende setzen

Neben der Landesverteidigung, zu der die Ukraine jedes Recht hat, müssen parallel immer wieder diplomatische Bemühungen unternommen werden, dem Sterben ein Ende zu setzen. Auch wenn man Verhandlungsbereitschaft erst herbei handeln muss. Das gilt ausdrücklich für beide Seiten. Staaten, die diesen Krieg durch Waffenlieferungen füttern, fallen als Vermittler aus.

Der globale Westen sollte zur Kenntnis nehmen, dass der Versuch, Russland zu isolieren, keinen Erfolg haben wird, solange die BRICS-Staaten, die jüngst Zuwachs erhalten haben, die Sichtweise des Westens nicht teilen.

Durch immer weitere Waffenlieferungen, auch von geächteten Waffensystemen, wächst die Gefahr eines Krieges, in den auch andere Staaten hineingezogen werden.

Frank Walter Steinmeier, unser Bundespräsident, sieht keine Veranlassung, die Lieferung von Streubomben und Streumunition an die Ukraine zu kritisieren. Man solle den USA in dieser Frage „nicht in den Arm fallen“. Sobald eine



rote Linie durch die Lieferung von immer gefährlicheren Waffensystemen überschritten wurde, kommt schon die Forderung nach Lieferung von noch gefährlicheren Waffensystemen.

Aber die Friedensbewegung ist trotz des Krieges nicht so präsent wie in den 80er-Jahren. Sie ist nicht auf der Straße. Fast scheint es, die Friedensbewegung duckt sich weg.

Kriegsbefürworter beherrschen die Diskussion

Der Grund dafür könnte sein, dass ein bemerkenswertes Klima in diesem Land herrscht. Menschen, die sich einsetzen für eine konsequente Friedens- und Abrüstungspolitik, für eine Verhandlungslösung, einen Waffenstillstand, werden als rechtsoffen, als Putin-Knechte oder als Lumpenpazifisten bezeichnet.

Kanzler Olaf Scholz: „Und die, die hier mit Friedenstauben rumlaufen, sind deshalb vielleicht gefallene Engel, die aus der Hölle kommen, weil sie letztendlich einem Kriegstreiber das Wort reden.“

Diese kalkulierte Entgleisung von Scholz ist als Stilmittel besonders verstörend und vergiftend.

Sie ist für einen Bundeskanzler völlig unangemessen. Die inakzeptable Beleidigung von Andersdenkenden ist nicht neu, man denke nur an die von Franz Josef Strauß oft bemühten Ratten und Schmeißfliegen, aber sie ist immer wieder scharf zurückzuweisen. All die Phrasen vom demokratischen Diskurs werden durch solche Äußerungen noch hohler.

Denn der protestierende Bürger verfügt nicht über so eine große Medienmacht wie die Bundesregierung. Gleichzeitig verstehen sich weite Teile der hiesigen Medienlandschaft nicht mehr als Prüfstein für die Regierungspolitik, sondern als deren Verteidigungsring gegen den Unmut in der Bevölkerung.

Wenn Scholz protestierende Bürger so beschimpft, vertieft das die gesellschaft-

lichen Gräben. Mit Ausgeburten der Hölle muss man schließlich nicht mehr reden, man muss sie bekämpfen. Diskussionen sind nicht erwünscht, die Spaltung wird vom Kanzler höchstselbst zementiert.

Auf diese Weise soll die Friedensbewegung eingeschüchtert werden.

In Kriegszeiten stirbt die Wahrheit zuerst

Wir alle sollten uns über eines im Klaren sein: In Zeiten wie diesen sind wir verschärfter Propaganda ausgesetzt, nicht nur von russischer Seite, sondern mit Sicherheit auch vonseiten der USA. Wir sollten einem Land, in dem der Sohn des Präsidenten korrupte Geschäfte mit korrupten Oligarchen in der Ukraine macht, nicht trauen. Wir sollten einem Land, dass mit Lügen das eigene Volk manipuliert, nicht trauen. Wer wissen will, wie das geschieht, sollte sich an die Rede des damaligen US-Außenministers Colin Powell vor dem Weltsicherheitsrat der UN erinnern, in der er die ganze Welt belogen hat über angebliche mobile, Giftgasfabriken in Irak. Beim Einmarsch des Iraks in Kuwait 1990 wurde die sog. Brutkastenlüge erzählt, auf die damals sogar Amnesty International reingefallen war, um die Stimmung der US-Bevölkerung so zu manipulieren, dass die Mehrheit für einen Kriegseintritt der USA war. Wer wissen will, wie plump solche Lügen erzählt werden, sollte den Begriff Brutkastenlüge googeln.

Diplomatie statt Waffenlieferungen

Uns Europäern kann nur helfen, uns abzunabeln von einer Macht, die Ihre Interessen skrupellos durchsetzt, auch gegen die Interessen der Europäer. Europa muss endlich den Mut haben, sich von den Lügen der USA zu distanzieren und für europäische Interessen selbst einzutreten.



kraft auch über den Atlantik, aus den USA reisten Coretta Scott-King, die Witwe von Martin Luther King, und Harry Belafonte an.

Die Friedensbewegung wurde geeint durch die Ablehnung des NATO-Doppelbeschlusses. „Nachrüstung so weit wie nötig zur Herstellung des ungefähren Gleichgewichts, aber so weit wie möglich gegenseitig vereinbarte Rüstungsbegrenzung.“

Petra Kelly sagte: Wir wollen aus diesem waffenstarrenden, weltumspannenden Irrenhaus ausbrechen, wir wollen kein Feindbild, wir wollen nicht das Fußvolk einer Raketenpartei sein.

Die russische Mittelstreckenrakete SS20, bestückt mit 3 Atomsprenköpfen, bedrohte damals ganz Europa. Deshalb sollten in Europa ähnliche Raketen stationiert werden, die Pershing II und Cruise-Missiles.

Damit wurde eine Aufrüstungsspira-



Der Riss zwischen den Armen und den Reichen wird immer tiefer

Von Walter Wendt-Kleinberg

Noch vor wenigen Monaten hat uns Olaf Scholz einen wirtschaftlichen Aufschwung versprochen. Zusätzlich wollte die Bundesregierung einige große soziale Risse in unserer Gesellschaft kitten. Zum Beispiel durch eine Kindergrundsicherung, die aber statt der benötigten 12 Mrd. € als Mindestsumme nun mit beschämenden 2,4 Mrd. € vegetieren muss.

Inflation trifft die Ärmsten der Gesellschaft

Die als Riesenschritt verkündete Erhöhung des verklärten Bürgergelds – bekannter in Erinnerung als Hartz IV – deckt nicht einmal die Inflationssteigerungen ab, unter denen die ärmsten Familien zu leiden haben. Gerade in den Bereichen, die für das Überleben besonders wichtig sind, wie Lebensmittel und tägliche Gebrauchsgüter, den Energiekosten und den Mietkosten, sind die Kostensteigerungen so galoppiert, dass sie bei all denen, die von Armut betroffen sind, nur noch Ängste auslösen können.

Der Niedriglohnsektor ist in den letzten Jahren immer größer geworden. Das gilt für alle Arbeitsbereiche, in denen in etwa der Mindestlohn die Einkommensgrundlage darstellt. Der Mindestlohn schützt aber vor Armut nicht. Ein Leben in Würde ist damit nicht vorstellbar. Wie der Volksmund treffend sagt: Es ist zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel. Natürlich sind die Kinder von der Armut ihrer Eltern immer mitbetroffen. Laut einer aktuellen Studie der Bertelsmann Stiftung ist mehr als jedes fünfte Kind (fast 3 Mio.) und jede(r) vierte junge Erwachsene zwischen 18 und 25 Jahren (über 1,5 Mio.) von Armut betroffen oder bedroht.

Besonders hoch ist das Armutsrisiko für junge Menschen in Familien mit alleinerziehenden Eltern oder mit mehr als 2 Kindern. Zudem sind Frauen stärker betroffen als Männer.

Überall in Deutschland fehlt es an bezahlbarem Wohnraum. Besonders dramatisch ist dieses Problem in allen großen



Städten. Aufgrund von Armut, Arbeitslosigkeit, Scheidung und Mietsteigerungen ist auch die Wohnungslosigkeit stark angestiegen. Ungefähr 270.000 Menschen sind davon betroffen.

Bezahlbarer Wohnraum fehlt

Besserungen sind nicht in Aussicht. Zum einen ist der soziale Wohnungsbau ziemlich komplett zusammengebrochen, aber insgesamt ist die Baubranche aktuell in einer der tiefsten Krisen der letzten Jahrzehnte. Aber auch für Flüchtlinge und Migranten muss Wohnraum gefunden

werden. Und dann ergibt sich auf dem eh schon knappen Markt bezahlbarer Mietangebote auch noch eine Konkurrenzsituation, die schon heute zu Konflikten und Verwerfungen führt. Gelöst werden kann das aber nur durch einen massiven Ausbau des sozialen Wohnungsbaus.

Altersarmut nimmt stark zu

Eine Anfrage der Linken im Bundestag machte deutlich, dass in Zukunft immer mehr Menschen mit einer Armutsrente zu rechnen haben. Wer heute weniger als 1.200 € im Monat als Rente erhält, lebt

in Armut. Aber schon jetzt müssen 48 % der Rentner mit einer Rente von weniger als 800 € auskommen. Wegen des sich ausweitenden Niedriglohnbereichs werden natürlich in Zukunft die Renten davon betroffen sein. Ein niedriges Einkommen führt in Deutschland zwangsläufig zu niedrigeren Renten. Anders als zum Beispiel in Österreich gibt es bei uns keine Mindestrente. Deshalb wird Altersarmut eines der größten Zukunftsprobleme werden, noch schlimmer, als sie es heute schon ist.

Diese wenigen Aspekte machen deutlich, wie groß das Problem der Armut in einem der reichsten Länder der Welt ist.

Leider gehen von der Bundes- und Landespolitik keine Hoffnungsimpulse aus. Wir brauchen einen Mindestlohn von mehr als 14 €, eine Mindestrente von 1.400 € und eine Grundsicherung, die auch wirklich vor Armut schützt. Für die CDU und die FDP sind die beschämend niedrigen Sicherungssysteme noch viel zu hoch. Die Armen würden dadurch besser versorgt als arbeitende Menschen. Zum einen ist das eine infame Unterstellung, zum anderen aber zeigt es deutlich auf, dass der Niedriglohnbereich sehr nahe an der Armutsgrenze liegt.

Von der gesamtwirtschaftlichen Lage gehen aktuell auch keine Hoffnungsimpulse aus. Unter den entwickelten Industrieländern ist Deutschland aktuell das Schlusslicht. Prognosen sagen eine schrumpfende Wirtschaft voraus.

Geld für Aufrüstung und Militär ist vorhanden

Zwar gibt es kein oder viel zu wenig Geld zur Verbesserung der sozialen Probleme in unserer Gesellschaft, aber die finanziellen Mittel, die für die Rüstung zur Verfügung gestellt werden, bewegen sich in atemberaubenden Dimensionen. 100 Mrd. € für die Modernisierung der Bundeswehr und zusätzliche 85 Mrd. € für den laufenden Militärhaushalt.

Rechte Montagsspaziergänge in Lünen

Gastbeitrag ANTIFA Werne

Mit den „Spaziergängen“ von Querdenker*innen hat sich in Lünen eine extrem rechte Demonstrationsreihe etabliert. Gestartet wurden die ersten Versammlungen von Peter Pasternak (AfD) kurz nach Beginn der Coronapandemie am 9. Mai 2020. Bereits wenige Wochen später wurde auf der Plattform Indymedia in einem Rechercheartikel über die Beteiligung von Personen aus rechten Zusammenhängen sowie der Lünener Neonaziszene berichtet. Bei letzteren handelte es sich u.a. um David L. aus Lünen. Er war eine der Personen, um die

sich Ende 2021 erneute Versammlungen – dieses Mal als unangemeldete Demonstration und bezeichnet als „Spaziergänge“ – formierten. Nach einigen Anläufen wurden diese Demonstrationen dann doch bei der Polizei angemeldet. Zunächst trat der langjährige Neonaziaktivist André M. aus Lünen als Anmelder auf. Unterstützt wurde er dabei von David L., der im weiteren Verlauf bis heute als Kopf der Lünener „Spaziergänger*innen“ auftritt. L. kann selbst auf eine Vergangenheit in der Neonaziszene zurückblicken. Noch bis kurz vor der Pandemie war er Vorsitzender des Kreis-

verbands Unna der Neonazipartei „Die Rechte“.

In der Meldung der Partei zur Gründung des Kreisverbands am 6. Januar 2018 wird er als „der langjährige Aktivist David L. aus Lünen“ bezeichnet. Dass es sich dabei um denselben David L. handelt, der heute als Querdenker unterwegs ist, lässt sich problemlos auf den Fotos von Infoständen einsehen, welche die Neonazipartei selbst veröffentlicht hat. In einem Bericht zu einer Kundgebung in Lünen vom 24. Mai 2019 ist außerdem ein Bild von L. am Mikrofon untertitelt mit: „Redebeitrag unseres Kreisvorsitzenden“.

Während die restlichen sogenannten

Querdenker*innen wohl nicht durchweg selbst Neonazis sind, haben sie offenbar kein Problem damit, sich an den von eindeutigen Neonazis organisierten Versammlungen zu beteiligen. Bereits im Januar 2022 wurde im Hellweger Anzeiger über den Neonaziaktivismus von L. berichtet. Den Querdenker*innen war das ziemlich egal. Die Bürger*innen Lünens sollten dies bei der Einordnung, der „Spaziergänge“ und ihrer Teilnehmer*innen entsprechend berücksichtigen.



Zwischen Not und Elend in der Krise

Wie Altersarmut unsere Gesellschaft vor Ort gerade jetzt spaltet

Von Marvin Miller

Es kann jede und jede von uns treffen, trotz jahrelanger harter Arbeit. Es begleitet uns jeden Tag im Alltag, in Schwerte, ja im ganzen Ruhrgebiet und dennoch ist sie für einen großen Teil der Gesellschaft nach wie vor unsichtbar: die Altersarmut.

Eine ältere Dame, die im Lebensmittelgeschäft verschämt das letzte Päckchen Kaffee weglagt, ein älterer Herr, der vor der Rohrmeisterei gedemütigt in den Müll greifen muss, weil er darin nach alten, weggeworfenen Pfandflaschen sucht oder auch eine hohe Anzahl von Menschen, die gar nicht erst die Grundsicherung im Rentenalter beantragen, weil sie sich dafür schämen und im hohen Alter ohnehin Angst davor haben, jemandem zur Last fallen.

Altersarmut: So schlimm wie noch nie

Sicher: Das Thema Altersarmut ist nicht neu. Man liest darüber und auch in den unterschiedlichsten Nachrichtensen-dungen wird viel darüber berichtet. Und dennoch: So schlimm wie jetzt war es in der Geschichte der gesamten Bundesrepublik noch nie. Bereits Anfang dieses Jahres wurde klar, dass noch nie so viele Rentnerinnen und Rentner in Deutschland in Altersarmut gelebt haben wie aktuell. – Aber alles der Reihe nach: Konkret bedeutet das, dass nicht nur Millionen von Männern, sondern auch Millionen von Frauen im Alter zu wenig Rente beziehen werden. Ein Schlag ins Gesicht vor allem für jene Frauen, die zuvor 40 Jahre lang in ihren Leben hart gearbeitet haben. Das geht insbesondere aus einer kleinen Anfrage hervor, die die Links-

fraktion im Deutschen Bundestag an das Bundesarbeitsministerium im Januar dieses Jahres gestellt hat. Genauer gesagt wird jede dritte Frau, welche in Deutschland momentan eine Vollzeitstelle innehat, auch nach insgesamt 40 Jahren im Berufsleben eine menschenunwürdige Rente von weniger als 1000 Euro netto erhalten. In einem entsprechenden Artikel heißt es weiter, dass bei einer Anzahl von 7,1 Millionen Arbeitnehmerinnen insgesamt 2,7 Millionen Frauen betroffen sein werden, die aktuell in Vollzeit arbeiten. So die traurige Bilanz. Eine traurige Bilanz, die wieder einmal zeigt, dass Altersarmut an der Höhe der Rente bemessen überwiegend weiblich ist. Aber damit nicht genug: Der Fraktionsvorsitzende der Linksfraction im Bundestag, Dietmar Bartsch, der entsprechende Anfrage an das Arbeitsministerium von Hubertus Heil gestellt hatte, sagte, dass mehr als die Hälfte der Vollzeitarbeitnehmerinnen nach 40 Jahren Plackerei weniger als 1200 Euro Rente erhalten werden. Das bedeute, so Dietmar Bartsch, Millionen Frauen eine Rutschbahn in die Altersarmut drohe.

Es geht aber nicht nur um die Tatsache, dass Altersarmut vor allem an der Höhe der Rente bemessend, eine vor allem traurige Tatsache ist, die sowohl aktuell als auch in Zukunft überwiegend weiblich ist, sondern auch der bereits erwähnte traurige Rekord, der sich in diesem Jahr, genauer gesagt im August dieses Jahres ereignet hat. Das politische Versagen seitens der Ampel-Regierung im Bund zeigt sich auch wieder einmal daran, dass im Moment so viele Rentnerinnen und Rentner auf Grundsicherung angewiesen sind wie noch nie.

Grundsicherung für Rentner

Laut Berichten der Funke Mediengruppe, welche sich auf das Statistische Bundesamt in Wiesbaden berufen, waren in den ersten drei Monaten des Jahres 684 000 Rentnerinnen und Rentner auf Grundsicherung angewiesen. Das sind 90 000 mehr als im Vorjahr. In einem so reichen Land wie Deutschland nach wie vor ein handfester Skandal.

Inflation fördert Armut

Aber auch damit nicht genug: Inzwischen ist die Bundesrepublik Deutschland zu einem Land verkommen, das von Inflation, dem Krieg in der Ukraine wie auch steigenden Energie- und Lebensmittelpreisen gebeutelt ist. Von den hohen Benzinkosten an der Zapfsäule ganz zu schweigen. Im Klartext bedeutet dies also nichts anderes, als dass nicht nur viele Bürgerinnen und Bürger in Zukunft weniger Rente bekommen werden, sondern auch, dass die Ausgaben der privaten Haushalte auch immer weiter steigen.

Im Übrigen auch so hoch wie noch nie, was zwangsläufig bedeutet, dass auch in Zukunft immer mehr Rentnerinnen und Rentner auf die Tafeln angewiesen sein werden. Aber auch ebenjene Tafeln sind weder hier in Nordrhein-Westfalen noch in irgendeinem Bundesland in der Lage, die angemessene Versorgung von Menschen zu sichern, wie weit dies im Sinne eines physischen Existenzminimums eigentlich sein müsste. Im Gegenteil. Die Tafeln leiden jetzt schon darunter, dass sie immer mehr Kundinnen und Kunden versorgen müssen.

Immer mehr Menschen auf die Tafeln angewiesen

Erschwerend hinzukommt, dass auch die Tafeln in Deutschland immer höhere Miet- wie auch Energiekosten zu tragen haben. Auch die Lebensmittel, welche die Tafeln für ihre Kundinnen und Kunden einkaufen, sind über die letzten zwei Jahre hinweg bei weitem nicht billiger geworden. Im Gegenteil: Die Tafeln, die armen Rentnerinnen und Rentner auch die steigenden Kosten überall sorgen dafür, dass unsere soziale Infrastruktur gerade überall kurz vor einem Kollaps steht, der den verbrecherischen Faschisten in Deutschland und auch innerhalb ganz Europas wieder einmal irreversiblen Vorschub leisten wird.

Armut Gefahr für die Demokratie

Es ist nicht zu leugnen: Die Gefahr für die Demokratie ist groß und damit auch für die Demokratie hier in Schwerte wie auch im gesamten Kreis Unna. Deshalb fordern wir als Linke eine konsequente Politik gegen die steigende Inflati-

on. Ebenso brauchen wir dringend einen Schutzschirm gegen Altersarmut zusammen mit endlich wieder sinkenden Lebensmittel- und Energiepreisen. Es wird höchste Zeit. Zudem brauchen wir eine einmalige Rentenerhöhung als Inflationsausgleich in Verbindung mit einer solidarischen Mindestrente in Höhe von mindestens 1200 Euro.

Es kann und es darf nicht sein, dass sich die Gesellschaft hier vor Ort durch immer steigende Altersarmut spaltet. Es darf nicht sein, dass wir uns gerade jetzt in der Krise zwischen Not und Elend befinden, indem man bei Lidl sieht, wie der Warenkorb einer Seniorin nicht voll wird, obwohl sie den Kaffee vielleicht gern getrunken hätte, indem man mal wieder den gleichen älteren Mann vor der Rohrmeisterei sieht, wie er Flaschen sammeln muss oder indem man mal wieder merkt, wie Seniorinnen und Senioren im Allgemeinen voller Scham behaftet Angst haben, finanzielle Hilfen vom Staat in Anspruch zu nehmen.

– Aber genug meiner langen Worte: Liebe Leserinnen und Leser, um es einmal mit unserer Sahra Wagenknecht zu sagen. Lassen Sie uns gemeinsam nicht die Sprache verändern. Lassen Sie uns gemeinsam die Verhältnisse verändern.

Gute Rente, gutes Leben!

Die Linke fordert:

- Rentenniveau erhöhen: Die gesetzliche Rente muss den Lebensstandard sichern. Als Sofortmaßnahme wollen wir das gesetzliche Rentenniveau auf 53 Prozent anheben.
- Rentenalter absenken: Beschäftigte müssen ab 65 abschlagsfrei in die Rente gehen können, sowie mit 60 Jahren nach 40 Beitragsjahren.
- Schluss mit Altersarmut: Wir wollen eine solidarische Mindestrente von 1.200 Euro.
- Zugang zu Erwerbsminderungsrenten erleichtern. Wer durch Erwerbsarbeit krank wird, darf nicht noch niedrige Renten zu fürchten haben. Die Rentenabschläge wollen wir komplett streichen.
- Niedriglohnssektors abschaffen. Nur anständige Löhne führen zu guten Renten.
- Eine Rentenversicherung für alle: Auch Beamte, Politiker*innen und Selbstständige zahlen in die gesetzliche Rentenversicherung ein.
- Beitragsbemessungsgrenze anheben: Wer 10.000 Euro im Monat verdient, soll auch für 10.000 Euro Beiträge zahlen. Rentenansprüche über dem doppelten des Durchschnittsniveaus sollen dabei abgeflacht werden.
- Bessere Anerkennung von Kindererziehung, Pflegezeiten und Erwerbslosigkeit: Diese Zeiten dürfen nicht dazu führen, dass die Betroffenen im Alter arm werden. Deswegen wollen wir einen Ausgleich aus Steuermitteln.





Nach 45 Beitragsjahren:

Rente

im Schnitt nur

1.500 €

DIE LINKE.

»Das ist eine beschämende Bilanz der Rentenpolitik der letzten zwei Jahrzehnte. Wir sind weit entfernt von einem gerechten System auskömmlicher Renten.«

Ausstellung und Themenabend „Geflohen! Angekommen? Angenommen? – Geflüchtete mit Behinderungen in Deutschland“ in Hamm

Auf Initiative der Fraktion DIE LINKE. Die PARTEI in der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe zeigt die Evangelische Kirchengemeinde in der Pauluskirche Hamm vom 22.9. bis zum 3.11.2023 die Fotoausstellung „erschüttert“. Der Fotograf Till Mayer hat gemeinsam mit Handicap International das Thema Behinderung als Folge von Krieg aufgegriffen, ist in viele Länder gereist und hat dort mit Kriegsopfern gesprochen und diese fotografiert. Zu den Fotos in der Ausstellung werden die dargestellten Menschen in Texten vorgestellt und ihre Wünsche und

Träume beschrieben.

Die Pfarrerin der Evangelische Kirchengemeinde in der Pauluskirche, Astrid Taudien: „Als die Anfrage an mich herangetragen worden ist, ob wir die Ausstellung bei uns zeigen, habe ich natürlich sofort zugestimmt. Gerade in der heutigen Situation ist dies eine wichtige Frage.“

Rolf Kohn, Sprecher der LWL-Fraktion DIE LINKE. Die PARTEI, erklärt „Ich finde es unerträglich, dass so viele Menschen aufgrund von Streumunition und Landminen sterben, verletzt werden oder eine Behinderung erleiden müssen. Ob das

DIE LINKE. Die PARTEI

Fraktion in der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe

nun im Jemen, in Syrien oder in der Ukraine ist – die Zivilbevölkerung ist im Krieg am schlimmsten betroffen. Wir müssen deswegen alles dafür unternehmen, Geflüchteten eine neue Heimat zu bieten, damit Kriege beendet werden.“

Zur Ausstellung gibt es zahlreiche Materialien z.B. für Schulklassen oder Materialien in leichter Sprache.

Öffnungszeiten der Ausstellung (noch bis zum 3.11.2023): Dienstags bis Samstags von 10:00 – 12:30 Uhr, nachmittags nach Vereinbarung, Sonntags im Anschluss an die Gottesdienste

Anschrift: Pauluskirche Hamm, Marktplatz 16, 59065 Hamm

Weitere Infos über die Veranstaltung und auch über die Arbeit der Fraktion unter: <http://www.linksfraktion-lwl.de>

„Geflohen! Angekommen? Angenommen? – Geflüchtete mit Behinderungen in Deutschland“ in Hamm

Vortrag Fotograf Till Mayer und Führung durch die Ausstellung
7.10.2023, 18:00 Uhr, Pauluskirche, Marktplatz 16, 59065 Hamm

Der Fotograf Till Mayer berichtet über die Entstehung der Ausstellung und seine Motivation, sich dieses wichtigen Themas anzunehmen. Er erzählt auch über seine persönlichen Begegnungen und Geschichten mit den Fotografierten.

Offener Themenabend „Geflohen! Angekommen? Angenommen? – Geflüchtete mit Behinderungen in Deutschland“
26.10.2023, 17:00 Uhr, FeidikForum, Feidikstraße 27, 59065 Hamm

Die Fraktion DIE LINKE. Die PARTEI im LWL beleuchtet in der Veranstaltung die rechtliche Situation von Geflüchteten in Deutschland:

- Geflüchtete berichten über ihre Flucht und ihre persönliche Situation in Hamm
- Andrea Arntz erläutert die Leistungen der Behindertenhilfe
- Zahra Behzadpour und Pfarrer i.R. Otmar Rütter berichten aus ihrer Arbeit in der Flüchtlingsberatung
- Die Flüchtlingshilfe Hamm zeigt auf, welche Lücken in den staatlichen Hilfen bestehen.

Geflohen! Angekommen?
ANGENOMMEN?
Geflüchtete mit Behinderung

Ausstellung „erschüttert“
22.09. - 3.11.
Pauluskirche, Hamm

Gast Fotograf Till Mayer
07.10.
18:00 Uhr

offener Themenabend
26.10.
17:00 Uhr
Feidikforum, Hamm

Infos unter www.linksfraktion-lwl.de



DIE LINKE. Die PARTEI
Fraktion in der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe

Eine neue Idee zur Armutsbekämpfung

Schwerte hilft – ein Hilfsfond gegen explodierende Energiekosten und gestiegene Lebenshaltungskosten

Von Walter Wendt-Kleinberg

Aufgrund der immens gestiegenen Energie- und Lebenshaltungskosten stehen auch in Schwerte viele Menschen vor beinahe unlöslichen Problemen. Vor allem Familien mit Kindern und niedrigem Einkommen, viele ältere Menschen, die von niedrigen Renten leben müssen, Alleinerziehende, die einer vollen Erwerbstätigkeit nicht nachgehen können, geraten in Notlagen. Die Preise für Lebens-

mittel sind besonders stark gestiegen, mit etwa 20 % weit über dem allgemeinen Inflationsniveau von ca. 10 %. Gleiches gilt für die Mieten und die Energiekosten. Von den Stadtwerken werden wir aktuell auf noch weiter ansteigende Energiepreise eingestimmt.

Nun sind aber Wohnungen, Lebensmittel und Strom für das menschliche Leben unverzichtbar wie die Luft zum Atmen. Nur haben leider die ärmeren Menschen

in Schwerte einfach zu wenig Geld, um mit den gestiegenen Lebenshaltungskosten mitzuhalten. Auf Lebensmittel können sie nicht verzichten. Die Schwerter Tafel kann nur bedingt helfen. Auch die Tafel erhält weniger Lebensmittel bei gleichzeitig ansteigender

Zahl von „Tafel-Kunden“. Menschen mit eingeschränkten Bewegungsmöglichkeiten, besonders ältere Menschen und Behinderte haben kaum die Chance, an Lebensmittel der Tafel zu gelangen.

Stromsperrn drohen

Deshalb ist verständlich, dass die Zahl der Menschen, die ihre Stromrechnungen nicht begleichen können, gestiegen ist. Und diese sind dann von Stromsperrn bedroht. Vor ein paar Monaten hat der Geschäftsführer der Stadtwerke Schwerte, Sebastian Kirchmann, über die Ruhr-Nachrichten mitgeteilt, dass die Stadtwerke auf Stromsperrn nicht verzichten werden. Ein Leben ohne Zugang zu Strom bedeutet aber, dass Betroffene nicht mehr kochen können, keine Wäsche mehr waschen können, ein Mobiltelefon nicht laden können, vom Fernsehen und Computer abgeschnitten sind und im Dunkeln leben.

Für eine Familie mit Kindern ist ein Leben ohne Strom eine Katastrophe. Wir als „Die Linke“ Schwerte haben die Stadt-

werke angefragt, wie viele Menschen in Schwerte von einer Stromsperrn bedroht und betroffen sind und welche Personengruppen das sind. Zur Anzahl der betroffenen Menschen und zu den Personengruppen wollen die Stadtwerke keine Auskunft geben. Sie weisen lediglich darauf hin, dass sie mit betroffenen Kunden Beratungsgespräche führen und gegebenenfalls Ratenzahlungen vereinbaren. Und sie geben ihren Kunden die Broschüre zum Energiesparen an die Hand.

Umfassende Informationen fehlen

Wir fordern genaue und umfassende Informationen zum Thema Energiesperren. Vor allem wollen wir wissen, wer davon betroffen ist. Nur dann kann gehandelt und geholfen werden.

Wir halten es für geboten, dass die Stadtwerke bei den folgenden Gruppen keine Stromsperrn durchführt:

- Bei Familien mit Kindern
- Bei Alleinerziehenden mit Kindern



Lebensmittel werden immer teurer

- Bei Menschen mit Pflegebedarf
- Bei Rentnern mit niedrigen Renten

Sonderfond „Schwerte hilft“

Wir fordern, dass vom Rat der Stadt Schwerte ein Sonderfond „Schwerte hilft“ gegründet wird, um Menschen in finanzieller Not zu helfen. Aus diesem Hilfsfond sollen die Schulden der aufgeführten Gruppen gegenüber den Stadtwerken beglichen werden. In der Regel sollten dies einmalige Zahlungen sein. Diese Zahlungen werden nicht an die Hilfesuchenden, sondern an die jeweiligen Energieversorger geleistet werden.

Der Hilfsfond „Schwerte hilft“ sollte aus Mitteln des Stärkungspaktes NRW und aus Spenden von Unternehmen und Privatpersonen gespeist werden. Auf jeden Fall sollten die Stadtwerke einen

großen Betrag für „Schwerte hilft“ zur Verfügung stellen. In den Beratungsgesprächen der Stadtwerke mit säumigen Kunden sollten sie auch auf diesen Hilfsfond hinweisen.

Anträge auf Hilfeleistungen sollen sowohl bei der Stadt als auch bei sozialen Einrichtungen wie der Schwerter Tafel, dem VSI oder der Diakonie und der Caritas gestellt werden können. Die Höhe der Leistungen muss in Einzelfällen geklärt werden.

Unabhängig von der konkreten Situation dürfen die Stadtwerke keine Stromsperrungen an Freitagen durchführen, da sonst Betroffene keine Möglichkeiten mehr erhalten können, wieder freigeschaltet zu werden.



Die LINKE fordert:

Wieder Ehrenamtliche in die Erstaufnahmeeinrichtung (EAE)

Von Petra Weber

Die Aufregung bezüglich der Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) war in Unna in den letzten Wochen groß. Vermehrt ist es in den vergangenen Wochen zu Polizeieinsätzen gekommen, weil es Schlägereien gab. Es ist für die Menschen in der EAE, aber auch für die Menschen, die im Umfeld der EAE leben, keine leichte Zeit, um es mal abgeschwächt zu formulieren. Genauer gesagt, ist der Zustand dort zu einer Zerreißprobe geworden, der den Rechtsextremisten einen Joker nach dem anderen zuspült. Ich persönlich verstehe nicht, warum sich die Politik hier ein eigenes Grab schaufelt – und der AfD den roten Teppich für ihre einfachen Parolen ausbreitet.

Ehrenamtliche Mitarbeit bei der Flüchtlingsbetreuung ein Erfolg

2015 hat die Landesstelle in der Spitze bis zu 1600 Menschen aufgenommen.

Seinerzeit war das DRK für die Organisation und den Ablauf in der Landesstelle verantwortlich. Viele ehrenamtliche Helferinnen und Helfer haben sich hier eingebracht, mit Sprachunterricht, Kinder spielgruppe, Kleiderkammer, etc. Bei der Kleiderkammer waren wir LINKE außerordentlich hilfreich. Die Kleiderkammer in der EAE war zu klein und die Spendenbereitschaft in Unna riesengroß. Frau Jendrusch, damalige Leiterin des DRK in der Landesstelle, musste den Spendern eine Absage erteilen, wenn der kleine Raum für die Spenden in der EAE voll war. Das hat auf allen Seiten Frustration bereitet. Und so habe ich mit Frau Jendrusch gesprochen und angeboten, die Spenden in unserem Büro zu lagern und auch die Spendenaufträge an die Öffentlichkeit zu bringen. Das war eine Erfolgsgeschichte. Frau Jendrusch hat die Telefonate der Spender an mich weitergeleitet. Ich habe die Spenden abgeholt oder war im Büro, wenn Spenden angeliefert wurden. Das Büro ist aus allen Nähten geplatzt und ei-

nes Tages rief mich Frau Schmahle von der Werkstatt Unna an und bot mir an die Spenden in die Werkstatt Unna zu bringen. Dort würden sie bedarfsgerecht für die EAE zusammengestellt und zwischenteilig gelagert. Ana Dias, Leiterin der hiesigen LÜSA (Langzeitübergangsschutz für Menschen mit Drogenproblemen) rief mich eines Tages an und bot mir an, dass die Spenden von der LÜSA in die Werkstatt gebracht werden könnten. Ich muss das hier noch einmal erwähnen, es war zu bewegend, wie viele Menschen in Unna gespendet haben. Von einer Firma haben wir eine Spende von Kosmetika in Höhe von 20 Tausend Euro bekommen. Wir haben, zusammen mit caritativen Verbänden dann die Kosmetika in Geld umgesetzt, das in die Einrichtung gegangen ist.

Wie gesagt, unter dem Dachverband des DRK, insbesondere Frau Jendrusch und Frau Töws von der Bezirksregierung, hat es, so weit möglich, eine gute Versorgung der Menschen in der EAE gegeben. Probleme gab es auch da. Die Kantine hatte eine Kapazität von 220 Menschen und es befanden sich 1600 Menschen dort. Gewaschen wurde in der Duschkammer. Wir als LINKE haben Anträge gestellt, dass Waschmaschinen bereitgestellt werden und eine Überdachung zur Kantine angebracht wird. Mit diesen Anträgen sind wir durchgekommen.

Betreuung durch Sicherheitsdienst ohne ehrenamtliche Mitarbeiter

Heute ist die Situation in der Landesstelle mit dem Wechsel von der DRK zum Security Dienst „Homecare“ eine völlig andere. Frau Jendrusch und Frau Töws haben sich engagiert und das Ehrenamt in der Einrichtung willkommen geheißen. Die „Lagerinsassen“ mit in den Alltag ein-

gebunden und sie haben eine Übersicht gehabt, wo zwischen den Nationen Konfliktpotenzial besteht. Die Landesregierung ist hier aber wenig sensibel und hat den Vertrag mit dem DRK aufgekündigt, um den günstigsten Anbieter zu wählen. Das ist in diesem Falle die Firma „European homcare“. Und die fragt nicht nach gezielter Unterbringung, die schließt das Ehrenamt aus.

EAE ist eine von der Umwelt abgeschnittene Festung geworden

Die EAE ist eine von der Umwelt abgeschnittene Festung, in der es brodet. Unsere Forderung ist es daher, wieder die Ehrenamtlichen in die EAE zu lassen. Die EAE wieder aus der Abschottung heraus zu holen.

Aber auch vor Ort ist eine andere Politik verfolgen. Die Anwohner müssen einen Kontakt zur EAE bekommen. Reden hilft. Ich denke, vielen der Anwohner, die einmal einen Einblick in die Unterkünfte erhalten, möchten sich, an die eigene Stelle versetzt, eine Humanität wünschen, die es uns allen leichter macht. Mit diesem Wissen, dass diese Menschen nicht geflohen sind, um reich zu werden sondern um zu überleben.

Wichtig ist jetzt, wieder die Türen zu öffnen, sich davon zu verabschieden, wer der billigste Security Dienst ist. Homecare schottet ab und das vermehrt die Konflikte, die der AfD zuspülen. Das kann doch wirklich nicht gewollt sein.

Aber wir wollen ja den gesellschaftlichen Wandel. Und der liegt nicht in einfachen Antworten. „Lassen wir uns nicht schrecken“, wie Clara Zetkin es so schön fordert.



Der Militärputsch in Chile am 11. September 1973

Von Rainer Böcker, Lünen

Am 11.09.1973 putschte das chilenische Militär unter General Pinochet. Doktor Salvador Allende war 1970 in freien Wahlen zur Macht gelangt. Er war Präsident Chiles und der Chef der sozialistischen Partei Chiles. Mit der Kommunistischen Partei Chiles und anderen Linksgruppierungen bildete sie die Unidad Popular – die vereinte Volksfront.

Präsident Allende kam bei der Erstürmung des Präsidentenpalastes (Moneda) durch die Militärs ums Leben.

Auch der berühmteste Dichter Chiles, der Nobelpreisträger Pablo Neruda, wurde vergiftet, der bekannte Sänger und Dichter Victor Jara wurde 1973 im Nationalstadion von Santiago de Chile gefoltert und ermordet.

Die Volksfront erreichte noch 1970 viele Verbesserungen im Bildungswesen, in der Arbeitsgesetzgebung und in der Gleichstellung von Mann und Frau. Die Verstaatlichung des Kupferbergbaus wurde angegangen. Zu Kuba, der DDR und der UdSSR wurden vernünftige Beziehungen eingeleitet.

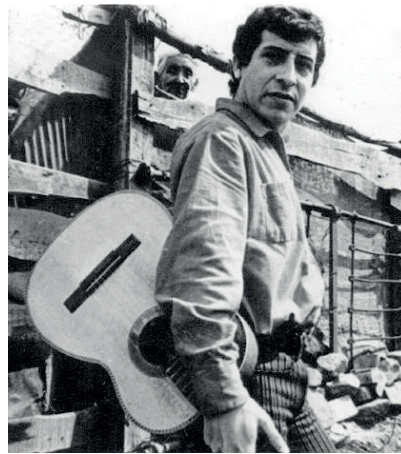
Dem Aufbau einer friedlichen, demokratischen und sozialistischen Gesellschaft stand scheinbar nichts mehr im Wege!

Militärputsch mit Unterstützung der USA

Doch die Regierung Nixon/Kissinger (rechts-reaktionäre Republikaner) vereint mit CIA, Großkonzernen und Rüstungsschmieden, verbündeten sich mit kleinbürgerlichen Unternehmern, die Streiks und Terror gegen die Regierung Allende organisierten. Großkapitalisten und Groß-

grundbesitzer Chiles, liiert mit faschistoiden Militärs, beendeten die Volksfront blutig.

Die Folgen: ca. 4000 Tote, zehntausende Verschleppte und unzählige gefolterte Inhaftierte. Eine Million Chilen:innen mussten ihre Heimat verlassen, in der BRD und der DDR fanden sie eine sichere



Victor Jara (Wikipedia)

Unterkunft und ein neues Leben.

Die von der Militärregierung durchgesetzte neoliberale Wirtschaftsordnung (Milton Friedman u.a.), entwickelte sich in den 70er, 80er, 90er-Jahren bis heute zu einer absoluten Katastrophe.

Die Auswirkungen in Politik, Wirtschaft, Kultur und vor allem der Umwelt Chiles werden erst jetzt ein wenig durch neue politische Entwicklungen zurückgedrängt und reguliert. Eine KP-Bürgermeisterin in Santiago de Chile und ein linker Staatspräsident reichen wohl nicht aus. Aber ein Anfang ist gemacht!

In den 70er-Jahren herrschten auch in den Nachbarländern Chiles rigide auto-

ritäre oder faschistoide Regime, die alle durch die Regierungen der USA unterstützt wurden.

So z.B. in Argentinien, wo der bekannte Professor Silvio Frondizi, Jurist, Historiker, Soziologe an der Universität von Buenos Aires, ein aktiver Revolutionär, im Jahre 1974 von der Alianza Anticomunista Argentina, gegründet 1969 durch Jose Lope Rega, ermordet wurde.

So erging es auch Antonio Maidona, 1. Sekretär der KP Paraguays, entführt aus Argentinien 1980 und durch Stroessners Schergen ermordet (Stroessner war der deutschstämmige Militärdespot von Paraguay).

Die Führer der Freiheitsbewegung „Tupamaras“ Raul Sendic und Pepe Mujica wurden in Uruguay inhaftiert und gefoltert. Sie saßen 20 Jahre Haft ab. Sie kämpften gegen Großkapitalisten, superreiche Bankiers und Großgrundbesitzer, die mit zwei Dutzend Familien das ganze Land beherrschten.

In Argentinien herrschten die Foltergeneräle Videla, Viola und Galtieri noch bis 1983. In dieser Zeit (1976-1983) starben ca. 30000 Staatsangehörige durch Folter, Mord – man stieß Gefangene in der Höhe aus Flugzeugen über dem Rio de la Plata. Die Kinder, der meist jungen politischen Gefangenen wurden von systemtreuen Ehepaaren „adoptiert“. Sie sahen oft ihre echten Verwandten nie wieder.

Dies bedeutet es überall auf der Welt, wenn der Faschismus an die Macht kommt!



Militärputsch in Chile

Am 11. September 1973 stürzte eine Militärjunta unter Führung von General Augusto Pinochet die demokratisch gewählte Regierung unter Salvador Allende. Damit wurde der Versuch, ein gerechteres #Chile mit Hilfe eines demokratischen #Sozialismus aufzubauen,

brutal beendet.

Unter Allende wurden Medikamente, Arzt- und Schulbesuche kostenlos und Löhne erhöht. Als er die Kupferminen verstaatlichen lässt, reagieren die USA mit einem Wirtschaftsboykott und arbeiteten auf Allendes Sturz hin.

Auf den faschistischen Putsch folgen 17 Jahre Militärdiktatur. Zehntausende Menschen werden eingesperrt, gefoltert und getötet. Chile wird zum „Labor des Neoliberalismus“ umgebaut: das Bildung-, Renten- & Gesundheitssystem, ja sogar die Wasserversorgung werden privatisiert.

Heute, 30 Jahre nach dem Ende der faschistischen Diktatur, lebt das Erbe von Salvador Allende im Kampf gegen



den neoliberalen Ausverkauf des Staates und der Gesellschaft weiter!

www.instagram.com/dielinke

Eine Schule für alle Kinder

Von Karl-Heinz Schimpf

Die Situation an den Schulen in Deutschland ist katastrophal. Es fehlt eine große Zahl an Lehrern. Es fällt in erheblichem Maße Unterricht aus. Die Klassen werden immer bedeutsamer.

Im Ergebnis wird ein immer größerer Teil der Kinder und Jugendlichen von solider Bildung abgeschnitten. Untersuchungen zeigen, dass ein Viertel der Viertklässler nicht mehr richtig lesen und schreiben kann.

Auch die Infrastruktur der Schulen verrottet. Dächer, Toiletten, Klassenräume – die Finanznot der Städte und Gemeinden führt dazu, dass für das allein bei Schulgebäuden ein Investitionsstau von rund 47,4 Milliarden Euro besteht.

An den Schulen fehlen Lehrer:innen, Schulpsycholog:innen, Sozialpädagog:innen und Erzieher:innen. In Deutschland hängen nach wie vor die Bildungschancen von der sozialen Herkunft ab. Kinder aus Akademiker:innenhaushalten bekommen doppelt so häufig eine Gymnasialempfehlung nach der Grundschulzeit wie Kinder aus Arbeiter:innenfamilien bei gleicher Leistung. DIE LINKE will das nicht länger hinnehmen!

Weder die Kultusminister:innenkonferenz noch die Bundesregierung sind willens, eine Trendwende in der Bildung einzuleiten. Damit muss jetzt Schluss sein!

Das gegliederte Schulsystem ist und bleibt ein Brandbeschleuniger für soziale Ungleichheit. Wir müssen stärken statt sortieren: **„eine Schule für alle“ ist die Antwort! Und zwar gemeinsam lernen von Klasse 1 bis 10. Längeres ge-**

meinsames Lernen – ganztätig, demokratisch und selbstbestimmt – muss das Ziel sein. Dabei darf der Ganzttag nicht zur bloßen Betreuung verkommen. Es müssen klare, bundeseinheitliche und vor allem verbindliche Qualitätsstandards her. Kein Kind darf zurückgelassen und allen Kindern muss ein guter Schulabschluss ermöglicht werden.

Protestaktion Bildungswende

Die Organisation „Bildungswende jetzt! SCHULE MUSS ANDERS organisiert eine Protestaktion mit Demonstrationen in allen Bundesländern.

Folgende zentrale Forderungen stellt „Bildungswende jetzt!“ auf:

- Kita & Schule ZUKUNFTSFÄHIG und INKLUSIV machen. Es ist höchste Zeit für sozial- und klimagerechte Bildung, die von allen Kindern & Schüler*innen mitgestaltet wird!
- AUSBILDUNGSOFFENSIVE für pädagogisches Personal. Bis 2035 fehlen 160.000 Lehrer:innen. Und schon jetzt hunderttausende Kitaplätze und über 300.000 Erzieher*innen für eine gute Betreuung
- 100 Mrd. € SONDERVERMÖGEN BILDUNG und dauerhaft 10% des BIP für Bildung & Forschung. 50.000 junge Menschen verlassen die Schule jedes Jahr ohne Abschluss.
- Echter BILDUNGSGIPFEL AUF AUGENHÖHE. Wer die Bildungskrise lösen will, muss die Leute beteiligen, die tagtäglich mit Kita und Schule in Berührung sind.



Jugendkreistag – Hier machst du selbst Politik!

Von Katja Wohlgemuth

Hast du dich auch schon geärgert, weil deine Schule uralt ist, weil du kein Freibad um die Ecke hast, weil das Jugendzentrum nur was für die Großen anbietet (oder eben nur für die Kleinen) oder weil du keine Disco vor Ort hast und die Fahrt nach Dortmund elend teuer ist?

Bestimmt weißt du sogar noch viel besser, was ihr als junge Menschen braucht? Dann hast du nun die Gelegenheit mitzumischen – mach deine Politik selbst – im JUGENDKREISTAG.

Jugendkreistag im Kreis Unna

Wie das geht? Im Februar gibt es ein erstes Treffen für alle, die nicht nur ab-

warten wollen. Auf diesem Treffen bestimmt ihr, wie soll euer eigenes Jugendparlament im Kreis Unna aussehen soll. Dazu wird es dann Workshops geben, auf denen ihr klarstellt, was ihr wollt, wie ihr es angeht und mit wem ihr zusammengeht.

Ihr tauscht euch auch mit Mitgliedern der verschiedenen Parteien aus, die selbst im Kreistag sitzen und wählt dann eure Partei und die oder den als Leitung. Eure Vorsitzenden gehen auch mit in die Ausschüsse der „Alten“, also der Erwachsenen.

Und im März ist es dann soweit: Ihr tagt und macht Politik!



Bildungswende jetzt!

Wir sind Eltern, Schüler*innen, Lehrkräfte, Sozialarbeiter*innen und Erzieher*innen. Und einfache Leute, die selbst nicht im Bildungssektor sind, aber gute und gerechte Schule als wichtig für unsere Gesellschaft sehen.

Uns alle verbindet die Vision von einer zukunftsfähigen und inklusive Bildung. Wir wollen den Druck auf die Politik erhöhen.

Als bundesweite Bildungsbewegung „Bildungswende jetzt!“ bilden für uns Demokratie und Gerechtigkeit, die Individualität und die Würde jedes Menschen, ein solidarisches Miteinander, der Anspruch auf eine selbstbestimmte Zukunft, gleiche Rechte sowie die Umsetzung der Ziele der Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) Ausgangspunkte unseres Selbstverständnis.

Bildungsprotest erfolgreich

Gute Bildung ist für unseren künftigen Wohlstand von existentieller Bedeutung.

Diese Bundesregierung setzt unsere Zukunft aufs Spiel!

Sahra Wagenknecht

Der bundesweite Bildungsprotesttag am 23.09.2023 wurde in allen 16 Bundesländern in 29 Städten durchgeführt. 25.000 Menschen haben an den Demonstrationen teilgenommen.

In NRW war die zentrale Kundgebung in Köln. Mehr als 3.000 Menschen haben sich den Protesten angeschlossen.

DIE LINKE in NRW hat diese Demonstration tatkräftig unterstützt. Die Kampagne „Entschlossen gegen den Bildungsnotstand“ gehört zu den Schwerpunkten der Arbeit der Linken.



Links Wirkt: Nach jahrelangem Druck dürfen Jugendliche doch endlich mitreden

Von Till Peters

Schon in unserem Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2020 formulierten wir Forderungen, um Kinder und Jugendliche in der Kommunalpolitik besser sichtbar zu machen. Dazu gehörte von Anfang an die Idee, Kinder und Jugendliche auch politisch in politischen Gremien mitreden zu lassen, weshalb wir ein Kinder- und Jugendrat forderten, der auch in den zuständigen Ausschüssen des Stadtrates vertreten sein sollte. Warum, das fragten wir uns, fragen wir die Jugendlichen nicht selbst, was sie brauchen, statt in langen Sitzungen völlig überfordert darüber zu philosophieren, was sie brauchen könnten, zumal sich die Bedürfnisse der jungen Generationen immer wieder verändern und weiterentwickeln.

Als wir dann 20. Mai 2021, also bereits ein halbes Jahr nach der Wahl, das erste Mal ein solches Gremium forderten, stießen wir damit auf taube Ohren; so hätten die Jugendlichen doch gar kein Interesse, wirklich politisch aktiv zu sein oder man habe so etwas ja bereits versucht, aber war gescheitert. Trotzdem ha-

ben uns die Schülervertretungen von drei der vier weiterführenden Schulen in Bergkamen im Vorfeld ihren Segen für diese Forderung gegeben.

Lange führten unsere Forderungen, die wir im November 2021 und im Februar 2022 erneut in Form von Anträgen wiederholten, ins Leere. So sollten Jugendliche, die Lust auf Politik haben, sich doch bitte in den Jugendverbänden der Parteien organisieren. Doch lange mussten wir dann nicht mehr warten; so wurde ein Folgeantrag, die Schülervertretungen doch bitte wenigstens im Schulausschuss zu beteiligen, im Dezember 2022 mit absoluter Mehrheit und den Stimmen aller Ratsmitglieder angenommen. Nachdem wir eineinhalb Jahre kämpften, konnten wir diesen Schritt gehen.

Und dieser Schritt war nur ein Türöffner, so gab es immer mehr Jugendliche, die sich politisch beteiligen wollten und sich mit uns in Verbindung setzten. In der letzten Ratssitzung dann beschlossen alle Ratsmitglieder ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltung, auf Initiative des Verwaltungsvorstandes der Stadt Bergka-



men, Jugendliche auch im Jugendhilfeausschuss zu beteiligen. Man sieht also - Beteiligung von Jugendlichen geht ja doch plötzlich, zumindest wenn man Angst hat, DIE LINKE. könnte eventuell einen Antrag einreichen, den man nicht mehr ablehnen kann. An dieser Stelle sieht man wie-

der einmal, wie so oft in Bergkamen, dass LINKS wirkt.

Plötzlich geht so vieles, auch wenn es vorher scheinbar nicht möglich gewesen ist.

Halbzeitbilanz der SPD

Bei den Forderungen und Ideen, die die SPD im Zuge ihrer Halbzeitbilanz über die Presse kommuniziert, könne man meinen, sie sei in Bergkamen zu klein und zu unbedeutend, um diese auch durchzusetzen. Dies ist jedoch offensichtlich falsch, schließlich stellt die SPD nicht nur die größte Stadtratsfraktion, sondern auch mit Bernd Schäfer den Bürgermeister und auch die Mitglieder des Verwal-

tungsvorstandes verfügen über das Parteibuch der SPD.

SPD nimmt Forderungen der Linken in ihre Agenda auf

Bei aller Verwunderung darüber, warum die SPD trotz dieser doch herausragenden Position innerhalb der Bergkamenner Kommunalpolitik diese ganzen Forde-

rungen und Ideen in zweieinhalb Jahren (noch) nicht durchgesetzt hat, freuen wir LINKE. uns darüber, dass die SPD nun Forderungen und Ideen in Ihre „Agenda für die zweite Halbzeit“ aufnimmt, für die wir uns seit unserem erstmaligen Einzug in den Rat der Stadt Bergkamen gekämpft haben und dafür harte Kritik - insbesondere von den Kolleginnen und Kollegen der SPD - einstecken mussten.

Sozialer Wohnungsbau in Bergkamen soll endlich angegangen werden

Dass sozialer Wohnungsbau nicht nur notwendig ist, sondern auch dringend gebraucht wird und die Stadt Bergkamen sich schnellstmöglich etwas dafür einfallen lassen muss, haben wir in den vergangenen zweieinhalb Jahren immer wieder in den Fachausschüssen und im Rat kommuniziert, zuletzt mit einem Antrag, der einen Ausbau des sozialen Wohnungsbaus fordert. Dies wurde zu dem Zeitpunkt wiederum von der SPD noch kleingeredet, ja sogar negiert. Entsprechend positiv nehmen wir auf, dass Bürgermeister Schäfer dieses Thema nun quasi zur Chefsache erklärt hat.

Auch das die Turmarkaden seitens der SPD nun endlich in Angriff genommen wird, nachdem neben uns auch weitere Fraktionen verschiedene Vorschläge zum Umgang mit der ca. 25.000 m² großen Fläche und dafür stets durch die SPD gerügt wurden, nehmen wir wohlwollend zur Kenntnis. Insbesondere unsere Vorschläge dazu haben wir nicht nur mehrfach in den Fachausschüssen und den Rat eingebracht, sondern auch stets über die lokale Presse kommuniziert, sodass es für die sozialdemokratischen Kolleginnen und

Kollegen ein Leichtes sein sollte, sich diese Ideen nochmals anzugucken.

Dass die SPD nach den Förderprogrammen für die Entfernung von Steingärten und den Erwerb von Balkon-PV-Anlagen neuerdings auch Klimaschutz- und Klimaanpassungsaspekte beim Wohnungsbau berücksichtigen will, freut uns sehr, wurde dies doch in den vergangenen zweieinhalb Jahren nicht nur von uns in vielen Debatten und Diskussionen in den Fachausschüssen und dem Rat immer wieder und wieder eingebracht und gefordert. Dass auch unsere Forderung nach mehr Geschosswohnungen und weniger Einfamilienhäusern zumindest in Teilen von der SPD-Fraktion übernommen wird, dürfte wohl an unserer Hartnäckigkeit und unserer solidarischen Diskussionsweise, bei der wir die SPD immer und immer wieder von LINKS. Daran erinnern, dass das S für Sozialdemokratie steht, liegen.

Linke für nachhaltige Weiterentwicklung der Stadt

Durch Druck und Hartnäckigkeit an das politische Ziel zum Wohle der Stadt und der Bürgerinnen und Bürgern zu kommen, ist aktuell die einzige Möglichkeit für uns LINKE., aktiv zur nachhaltigen Weiterentwicklung der Stadt Bergkamen beizutragen, sodass wir uns auch über diese kleinen Erfolge über den Plagiatsumweg freuen.

Denn leider werden die meisten LINKEN Anträgen, auch aufgrund der Blockadehaltung der großen Fraktionen abgelehnt. Dennoch ordnen wir unseren Beitrag zur Entwicklung der Stadt als positiv ein. So haben wir durch viele Anfragen und Anträge Themen ansprechen kön-

Echten Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger schaffen.

Millionen für die IGA 2027 sinnvoller investieren!

DIE LINKE.

www.dielinke-kamen.de

nen, die zuvor in dunklen, tiefen Schubladen vergessen wurden. So haben wir positiv und solidarisch mit Gewerkschaften und sozialen (Bürger-) Bewegungen zusammenarbeiten können und haben so die Ideen der Bürgerinnen und Bürger aktiv in die Fachausschüsse und den Rat einfließen lassen.

DIE LINKE. konnte durch gezielte Anfragen und Anträge an die Entscheidungsträger unserer Stadt konkrete Probleme der Bürgerinnen und Bürger, Bewegungen und Vereine lösen.

LINKE unterstützt die „neuen Forderungen“ der SPD

Generell lesen sich die Forderungen und Ideen der SPD so, als ob eine Oppositionsfraktion mit der Mehrheitsfraktion abrechnen würde, was wir als kritische

Auseinandersetzung mit sich selbst interpretieren und dementsprechend begrüßen. Bei der Umsetzung der Forderungen und Ideen werden wir die SPD kritisch unterstützen – so wie wir es bisher auch getan haben – und uns zum Wohle der Stadt und der Bürgerinnen und Bürger einsetzen. Aber wir werden die SPD auch immer wieder an diese (eigenen) Forderungen und Ideen erinnern, sodass diese im kommunalpolitischen Alltag nicht vergessen werden. Schließlich sollten diese auch umgesetzt werden.

Bei der Umsetzung von sozialgerechten und ökologisch nachhaltigen Ideen werden wir alle Fraktionen entsprechend gerne unterstützen, sehen aber zunächst die SPD am Zug, denn nach dem Abschreiben kommt das Umsetzen.

Also, liebe sozialdemokratischen Kolleginnen und Kollegen, jetzt seid ihr dran und müsst liefern!

Sprechzeiten der Fraktion

Fraktion-DieLinke@bergkamen.de
Präsidentenstraße 40a, Bergkamen
Di: 08:00-12:00 h, Fr: 12:00-15:00 h

DIE LINKE.

Fraktion DIE LINKE.
im Rat der Stadt Bergkamen

Neuer Fraktionsgeschäftsführer der LINKEN in Bergkamen

Ich heiße Umut Cetin, und es ist mir eine ehrenvolle Aufgabe, die Position des neuen Fraktionsgeschäftsführers für DIE LINKE. in Bergkamen zu übernehmen. Während ich mein Studium im Lehramt mit Schwerpunkten in Mathematik und Sozialwissenschaften absolviere, möchte ich meine Leidenschaft und mein Engagement für politische und soziale Anliegen in dieser Funktion einbringen.

Eine Herzensangelegenheit von mir ist der von uns Jugendlichen gegründete Jugendverein „Nation of Bergkamen“. Hier setzen wir uns mit großem Engagement für die Anliegen und Bedürfnisse der Jugendlichen in Bergkamen ein. Unsere Hauptforderung ist dabei die Schaffung von mehr kostenlosen Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche und Kinder in unserer Stadt. Wir sind der festen Überzeugung, dass die Jugendlichen von heute die Gestalter von morgen sind, und es ist uns ein Anliegen, ihnen eine Stimme zu geben und ihre Interessen zu vertreten.

Diese Grundeinstellung spiegelt sich auch in meiner Motivation wider, warum ich mich dazu entschieden habe, als Fraktionsgeschäftsführer für DIE LINKE. aktiv zu sein. Mein Antrieb fußt auf dem



starken Wunsch nach sozialer Gerechtigkeit und Umweltschutz.

In meiner Rolle als Fraktionsgeschäftsführer habe ich klare Ziele für die verbleibende Wahlperiode bis 2025: Es ist mir ein persönliches Anliegen, mich für soziale Gleichheit und Chancengleichheit einzusetzen und insbesondere diejenigen zu unterstützen, die in unserer Gesellschaft oft zu wenig Gehör finden.

Die IGA 2027 kommt, koste es was es wolle!

von Oliver Schröder

Die Internationale Gartenschau Metropole Ruhr 2027 (kurz: IGA 2027), soll auf internationaler Bühne innovative Lösungsideen in den sogenannten Zukunftsgärten in Gelsenkirchen, Duisburg, Dortmund, Castrop-Rauxel/ Recklinghausen und Bergkamen/ Lünen für Zukunftsfragen in Metropolregionen und für die Men-

schen vor Ort präsentieren. Durch die Teilnahme öffnet sich für die Städte Bergkamen und Lünen der Zugang zu Fördergeldern, wodurch sich die Möglichkeit der Stadtentwicklung ergibt, die, so die Hoffnung der IGA-Dachgesellschaft – internationale Stahlkraft mit sich bringt, wodurch man als touristisches Top-Ziel auch überregional bekannt wird.

Ist doch alles super, möge man mit Blick auf die knappen Stadtkassen meinen. Schauen wir aber zurück in das Jahr 2018, als u.a. der Rat der Stadt Bergkamen über den Grundsatzbeschluss zur Teilnahme abgestimmt hat. Damals wurden die Gesamtkosten für den Standort Bergkamen mit ca. 22.000.000 € beziffert. Im Jahr 2019, als die IGA 2027 erstmalig im Doppelhaushalt 2020/2021 im Produktbereich 13 berücksichtigt wurde, lag der Kostenansatz noch bei 7.117.500 €. Der Eigenanteil wurde damals schon mit ca. 10.700.00 € beziffert.

Eine attraktive Gestaltung der Haldenlandschaft entlang des Datteln-Hamm-Kanal stimmte auch uns LINKE. positiv, einen Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger und die Stadt Bergkamen zu erhalten. Fünf, bzw. vier Jahre später hat sich das (Meinungs-) Bild jedoch komplett gewandelt. Um der allgemeinen Kostenentwicklung entgegenzuwirken, wurde zwar der Rotstift angelegt und das Konzept entsprechend überarbeitet und zusammengestrichen. Die Baukosten sind (Stand September 2023) dennoch auf über 32.000.000 € gestiegen und der kalkulierte Eigenanteil auf 15.900.000 € angewachsen.

In Summe entspricht eine Kürzung von Maßnahmen von 50% und ein Anstieg des Eigenanteils von 50% eine Verteuerung von 100% für die Stadt Bergkamen.

Für uns LINKE. im Rat der Stadt Bergkamen ist diese Kostenspirale nicht weiter hinnehmbar, sodass wir der IGA 2027 sowohl in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Strukturwandel und Wirtschaftsförderung am 29.08.2023, als auch in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 13.09.2023 sowie in der Ratssitzung am 13.09.2023 nach einem zähen Ringen ein klares Nein gegeben haben.

Nicht nur, dass wir den Glauben an die IGA 2027 und damit an den nachhaltigen Nutzen, bzw. Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger, als auch für die Stadt Bergkamen verloren haben. Nein, auch durch Belastung des städtischen Haushaltes für die nächsten Jahre, sehen wir die Finanzierbarkeit von freiwilligen Leistungen, insbesondere zur sozialen Teilhabe aller Menschen in Gefahr. Dies können und wollen wir nicht mittragen.

Wie hätte stattdessen eine Nutzung der IGA-Fläche aussehen können? Nach dem Vorbild des Kunst!Rasen Bonn, einem Veranstaltungsort am Rande der Rheinaue, hätte die sogenannte Naturarena – die min. einer Photovoltaikanlage auf der Halde Großes Holz weicht – verlegt werden können und hätte es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht attraktive Konzerte oder gar ein Festival ohne viele Kilometer zurückzulegen, direkt vor der Haustür zu erleben.

Das ist aber alles Makulatur, denn mit Stimmen der SPD und Grüne hat sich der Rat der Stadt Bergkamen für die IGA 2027 entschieden, koste es was es wolle...



Armutsbekämpfung in Schwerte

Von Peter Weyers

Wir haben schon darüber berichtet: Das Nachfolgeprojekt von KoBrA (Kooperative Bekämpfung regionaler Armut), was in 2,5 Jahren in Lünen, Kamen und Unna sehr erfolgreich durchgeführt wurde, hat einen Nachfolger: „ChanGe“, an dem auch Schwerte als sog. Teilvorhabenpartner beteiligt sein wird. Der Kreis Unna, der ebenfalls Teilvorhabenpartner ist, wird eine maßgebliche und synchronisierende Rolle übernehmen.

Das ist ein Riesenerfolg unserer Initiative, einen Armuts- und Sozialbericht für Schwerte erstellen zu lassen. So weit sind wir zwar noch nicht, aber die durch ChanGe erlangten Informationen sollen später in eine Sozialberichtserstattung einfließen.

CDU übernimmt Vorschlag der LINKEN

Sogar die CDU hat die Zeichen der Zeit erkannt. Sie will zwar nicht mit uns Linken zusammenarbeiten, hat aber jetzt im Sozialausschuss den Antrag gestellt, in der Verwaltung eine Stelle für Sozialraumplanung zu schaffen. Wir freuen uns ausdrücklich darüber, dass dieser Antrag mit großer Mehrheit angenommen und in den Rat überwiesen wurde. Allerdings möchten wir darauf hinweisen, dass wir diesen Antrag schon im Januar 2022 im ABB gestellt haben. Von dort aus ist er in den Sozialausschuss weitergeleitet worden. Dieser hat das ganze Thema dann in eine überparteiliche Arbeitsgruppe delegiert, die auch schon erste Fest-



Armut in Schwerte bekämpfen - jetzt

legungen getroffen hat und Holger Schelte von der Werkstatt im Kreis Unna und Vertreter der G.I.B. NRW eingeladen hat. Der Antrag der CDU hätte nicht nur nicht gestellt werden müssen, weil er dem Sozialausschuss schon vorlag. Die CDU hat die eigentlich zuständige Arbeitsgruppe damit auch übergangen. Vertrauensvolle Zusammenarbeit sieht anders aus.

In der Arbeitsgruppe berichtete Holger Schelte vom Ablauf und von den Ergebnissen von KoBrA, was letztlich dazu geführt hat, dass Schwerte jetzt am Projekt ChanGe partizipieren kann. Hier waren alle in der Arbeitsgruppe vertretenen Parteien einig, dass Schwerte sich um eine Teilhaberschaft bewerben sollte.

Die Vertreter von G.I.B. NRW, einer landeseigenen Gesellschaft, haben erklärt, dass sie Kommunen durch die

Durchführung von Workshops bei der Erstellung eines Sozialberichtes unterstützen würden, und zwar kostenlos. Die eigentliche Arbeit muss aber von der Kommune geleistet werden. Deshalb ist es sinnvoll, bei der Verwaltung eine Stelle zu schaffen, welche die zeitliche Kapazität und die fachliche Kompetenz dafür hat.

Ziele von ChanGe

Mit ChanGe soll eine „strukturierte und effiziente Armutsfolgenbekämpfung im Kreis Unna“ erreicht und nachhaltig verstetigt werden. Es geht einerseits um konkrete und bedarfsgerechte Hilfe für die betroffenen Bürger*innen, an deren Ende größtmögliche Selbstständigkeit steht.

Andererseits ist eine bedarfsgerechte (Weiter-)Entwicklung der Strukturen der Hilfeprozesse in den Kommunen Ziel von ChanGe.

ChanGe zielt auf die Ausweitung, Professionalisierung und Verstetigung der Kooperationsstrukturen. Gemeinsam arbeiten die Projektverbundmitglieder an der Optimierung der Schnittstellen, der Verzahnung der Angebote, der Transparenz der unterschiedlichen Leistungs- / Versorgungsangebote und dem gegenseitigen Verständnis für Arbeitsweisen und Abläufe – Kooperationshürden werden abgebaut.

Aufgaben

ChanGe unterstützt die teilnehmenden Kommunen dabei, die Zielgruppe zu erreichen und dann rechtskreisübergreifende Hilfen anzubieten. Hilfesuchende werden nicht mehr von einer Stelle zur anderen geschickt sondern werden von Experten aus Jobcenter, Sozialamt, Jugendamt und anderen Stellen an einem niedrigschwellig zu erreichendem Ort beraten und unterstützt.

Bewährte Orte zur Ansprache und Beratung von Betroffenen, z.B. in den früheren KoBrA „Kooperationsbüros“ werden ausgebaut bzw. neu geschaffen. In den Kommunen werden gemeinsame Anlaufstellen mit Fachkräften der Träger, der Kommunen und möglichst mit dezentralen Beratungsangeboten des Jobcenters eingerichtet.

Dort erreichen die ChanGe-Beratungsfachkräfte mit einem ganzheitlichen Beratungs-/Coaching-Angebot die Hilfesuchenden und unterstützen bei konkreten Problemlagen, tragen zur Stabilisierung der Lebenssituation bei, helfen bei der Verbesserung der sozialen/ökonomischen Teilhabe und Beseitigung von Hürden der Beschäftigungsaufnahme (Mobilität, Kinderbetreuung, Alltagsstrukturierung, Behördenproblemen, Schulden, Suchterkrankungen).

Kernaufgabe ist die (rechtskreisübergreifend angelegte) Lösung existenzieller Problemlagen (finanzielle Situation, Wohnraumsicherung, Gesundheit, Beschäftigung...). Beginnend mit einer Ist-Aufnahme und einer Kompetenzermittlung werden dann gemeinsam konkrete (Teil-) Ziele vereinbart. Als Lotsen/ persönliche Coaches unterstützen die Fachkräfte die Hilfesuchenden im Kontakt zu Behörden (u.a. Terminbegleitung) und vermitteln bedarfsgerecht Angebote (psychosoziale Beratung, Sprachkurse). Persönliche und familiäre Stabilität ermöglicht eine längerfristige Perspektiventwicklung. Ein Arbeitsmarkteinstieg wird durch gezielte Angebote (Vermittlung in Praktika, Bewerbungstraining) unterstützt, die existenzsichernde Ausweitung einer Beschäftigung wird durch individuelles Coaching, ggf. auch beschäftigungsbegleitend, gefördert.

Niederschwellige Erreichbarkeit gewährleisten dezentrale, sozialraumnahe Anlaufstellen, aufsuchende Beratung und (KoBrA erprobte) digitale Beratungsformate. Die Hilfesuchenden sollen da erreicht werden, wo sie sowieso anzu-treffen sind, bei der Tafel, in der Kleiderkammer, im Sozialkaufhaus oder einfach am Supermarkt in einem sozialen Brennpunkt.

Wir verbinden mit ChanGe die große Hoffnung, dass viel mehr Menschen als bisher von Hilfsangeboten erfahren und sie in Anspruch nehmen und auf diese Art und Weise Armut und Armutsfolgen im Kreis Unna nachhaltig bekämpft werden können.

Der offizielle Start von ChanGe ist der 01.01.2024. Wir freuen uns darauf!



Aufbau einer kommunalen Sozialberichtserstattung

Eine Arbeitshilfe für Kommunen und Träger

Schulbus-Tickets für Oberstufenschüler aus Westhofen

Von Peter Weyers

Anke Koch aus Westhofen hat den Anstoß gegeben: Seit eines ihrer Kinder die Oberstufe einer weiterführenden Schule in Schwerte besucht, bekommt es anders als das jüngere Geschwisterkind kein Schulbusticket mehr, weil in der Oberstufe nicht mehr 3,5 km, sondern 5 km für den Schulweg zurückgelegt werden müssen, um in den Genuss des Tickets zu bekommen.

Dabei könnte die Stadt Schwerte auch bei nicht ausreichender Entfernung Schulbus-Tickets gewähren, wenn der Schulweg über das Maß des normalen Risikos für Verkehrsteilnehmer als gefährlich eingestuft wird.

Im Falle der Unnaer Str. zwischen Geiseke und Schwerte hat die Stadt eine erhöhte Gefährdung erkannt und gewährt deshalb Schülern aus Geiseke das Ticket, obwohl die Entfernung weniger als 5 km beträgt.

Anke Koch ist wegen mehrerer Unfallereignisse in den letzten Jahren, der völlig unzureichenden Beleuchtung und dem Fehlen eines durchgängigen Radweges der Meinung, dass die vielbefahrene Hagener Str. kein sicherer Schulweg ist und hat die Stadt Schwerte des-



wegen verklagt. Das zuständige Gericht hat die Klage zugelassen.

Um die Sicherheit entlang der Hagener Str. zu erhöhen, wurde jüngst beschlossen, einen durchgehenden Radweg von Westhofen nach Schwerte entlang der Hagener Str. zu bauen. Bürgermeister Axourgos dazu:

„Diese Maßnahme verbessert die Infrastruktur für Radfahrer*innen in unserer Stadt und ist ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der Nahmobilität“. „Wir freuen uns sehr, dass dieses Projekt nun umgesetzt werden wird und schätzen dabei ganz besonders die Sicherheit, die Radfahrer*innen auf einem Radweg entlang einer viel befahrenen Landesstraße erfahren werden.“

Solange dieser Radweg nicht vorhanden ist und insbesondere während der Bauphase teilen wir Anke Kochs Meinung und haben deshalb einen Antrag an den Ausschuss für Bürgeranregungen und Bürgerbeschwerden gerichtet, mit der Forderung, allen Westhofener Oberstufenschülern ein Schulbusticket zu gewähren.

Die Verwaltung bat aus pragmatischen Gründen um eine Vertagung der Besprechung des Antrages, weil das Ergebnis der Klage abgewartet werden soll. **Wir bleiben am Ball.**

Neue Fraktion im Schwerter Rat

Von Peter Weyers

Seit einiger Zeit gibt es im Rat der Stadt Schwerte eine neue Fraktion: die „Freien Stimmen Schwerte“. Der Name dieser Fraktion suggeriert, dass man andere Stimmen für unfrei hält, was natürlich in keiner Weise zutreffend ist.

Wenn man weiß, wer zu dieser Fraktion gehört, erklärt sich die Namensgebung vielleicht.

Sebastian Rühling

Da wäre zuallererst der Ratsherr Sebastian Rühling zu nennen, dem keine Lüge zu abstrus und zu peinlich ist. Wichtig ist ihm ausschließlich: Sebastian Rühling.

Vor der Kommunalwahl 2020 tauchte er plötzlich an einem Infostand der Linken auf und versuchte uns ein Gespräch aufzunötigen. Konfrontiert mit der Frage, wie er als ehemaliges SPD-Mitglied mit Höckeverehrern wie Hans-Otto Dinse und Stefan Fiene zusammenarbeiten könne, hat er hoch und heilig versprochen, niemals in eine Fraktion mit einem von beiden einzutreten. Kurz nach der Wahl hatte er seine Meinung geändert. Fortan diene er unter dem „Fraktionsführer“ Stefan Fiene, wobei er jedoch vermutlich etwas orientierungslos gewesen sein dürfte, denn Fiene führte nicht, sondern glänzte hartnäckig mit Abwesenheit.

So blieb dann auch der Arbeitsnachweis der AfD-Fraktion weitgehend leer.

Am 31.08.2022 erklärte Rühling seinen Austritt aus der AfD, aber nicht, weil er sich distanzieren wollte von einer Partei, die zu Recht vom Verfassungsschutz als rechtsextremistischer Verdachtsfall eingestuft wird. Vielmehr unterlag er vorher bei einigen AfD-internen Wahlen; unter anderem hatte er keinen Erfolg bei

der Wahl zum Kreissprecher. Wenn man so drauf ist wie Herr Rühling, empfindet man eine Niederlage bei einer Wahl als undemokratisch. Und das war dann auch der von ihm genannte Grund für seinen Austritt.

Im Interview mit den RN hat Rühling behauptet, Extremismus in jeder Form sei ihm während seines ganzen Lebenslaufs schon immer fremd gewesen. Ehrlich gesagt, weiß der Autor dieser Zeilen nicht, welche Reaktion auf diese Aussage angemessen ist. Denn diese Aussage könnte ja bedeuten, dass die völkischen, menschenverachtenden Äußerungen von führenden AfD-Politikern und deren Unterstützung von Reichsbürgern und anderen Irren von Herrn Rühling nicht als extremistisch eingestuft werden. Da bleibt mir das Lachen im Halse stecken.

Jetzt ist Sebastian Rühling also Fraktionsvorsitzender der Fraktion „Freie Stimmen für Schwerte“. Bleibt zu hoffen, dass der andere Teil der Fraktion, Frau Nicole Schelter, ihm bei der Führung des Fraktionskontos genau auf die Finger schaut und Steuergelder in der neuen Fraktion korrekt verwaltet und verbucht werden.

Nicole Schelter

Frau Schelter hat offensichtlich kein Problem damit als Kämpferin für die Rechte von Frauen, gemeinsame Sache mit Rühling zu machen. Dass er seinem AfD-Weltbild nicht abgeschworen hat, dokumentiert er durch seine Mitgliedschaft bei der neuen „Wut“-Partei „Bündnis für Deutschland“, bei der es von lauter EX-AFD Mitgliedern nur so wimmelt.

Frau Schelter muss sich fragen lassen, was aus Ihren politischen Überzeugungen der Vergangenheit geworden ist. Waren da Überzeugungen vorhanden?

Oder ist Frau Schelter nur in der CDU gelandet, weil ihr eine Ratskandidatur angeboten worden war? Das würde erklären, warum sie jetzt, ohne mit der Wimper zu zucken, das Pferd wechselt. Der Weg von einer CDU, deren führende Protagonisten vom Sozialtourismus von Kriegsflüchtlingsen, von der Abschaffung des Individualrechts auf Asyl schwadronieren, für die Berlin-Kreuzberg nicht zu Deutschland gehört und in deren Schwesterpartei man trotz ekelhafter antisemitischer Äußerungen immer noch Minister bleiben kann, hin zur Zusammenarbeit mit einem EX-AfD Funktionär, ist ja sowieso relativ kurz.

Gabi Weck-Leste

Bei Gabi Weck-Leste, die sich als sachkundige Bürgerin von der neuen Fraktion hat einfangen lassen, sieht das schon anders aus. Sie hat bei der letzten Kommunalwahl für die SPD als Direktkandidatin in Westhofen kandidiert, aber den Kürzeren gezogen gegenüber dem CDU-Kandidaten, dessen Namen ich hier nicht erwähnen möchte, weil er auch ansonsten kaum in Erscheinung tritt.

Nach der Wahl wurde sie für kurze Zeit „sachkundige Bürgerin“, bevor sie im Streit mit anderen SPD-Mitgliedern von dieser Aufgabe zurücktrat oder zurücktreten musste. Genauer weiß man nicht.

Vielleicht fehlte ihr die Unterstützung ihrer Partei im Kampf um den Erhalt der SB-Filiale der Sparkasse in Westhofen, den wir Linke, soweit wir konnten, unterstützt haben. Ihr Einsatz hat nicht nur dazu geführt, dass sie selbst jetzt in Schwerte weltberühmt ist, sondern auch zu der Zusage der Sparkasse Dortmund, den SB-Standort in Westhofen zu erhalten. Das ist ein großartiger Erfolg, den sie weitgehend ohne Unterstützung für sich verbuchen kann. Dafür hat sie große Anerkennung und ein großes Dankeschön verdient.

Ihre Verpflichtung als sachkundige Bürgerin durch die neue Fraktion ist als durchsichtiger Versuch zu werten, ihren Bekanntheitsgrad in Schwerte für sich zu nutzen. Schade, dass sie das nicht durchschaut hat.

Bleibt die Frage, wie man als SPD-Ratskandidatin, welche ihre Übereinstimmung mit den Werten der SPD durch ihre Kandidatur dokumentiert hat, den Wechsel zu einer Fraktion, die durch einen EX-AfD Funktionär geführt wird, vor sich selbst und den Bürgern und Bürgerinnen begründen kann.

Der zweite sachkundige Bürger der neuen Fraktion, Herrn Martin Dieck, ist politisch ein unbeschriebenes Blatt. Bleibt zu hoffen, dass nicht die künstlichen und virtuellen Realitäten, mit denen er sich beschäftigt, den Ausschlag für seine Mitarbeit in der neuen Fraktion gegeben haben. Schließlich gibt es in unserem Land schon genug Mitbürgerinnen und Mitbürger, die in Ihrer eigenen Realität leben. In Wirklichkeit ist die Realität eben ganz anders.



Von Peter Weyers

Als ich dieses Buch gelesen habe, musste ich an den Sündenfall denken, denn auch Cat, eine der Protagonistinnen von Blue Skies wird von der Schönheit einer Schlange, einem Tigerpython, verführt und dann aus ihrem Paradies vertrieben. Kaum hat sie die Schlange gegen den Willen ihres Mannes gekauft, um sich als Influencerin einen Namen zu machen, brechen Schicksalsschläge und Naturkatastrophen über sie herein. Endloser Dauerregen und wegbrechende Strände bedrohen ihr Paradies, ein Strandhaus in Florida, das schließlich zusammenbricht und unbewohnbar wird. Am anderen Ende der USA, in Kalifornien leben ihre Eltern, die einer genau gegenläufigen Katastrophe ausgesetzt sind: es regnet nicht und die immer weiter steigende Hitze löst Waldbrände aus, denen auch Ortschaften und Menschen zum Opfer fallen.

Cat's Bruder, ein Insektenforscher, untersucht das Artensterben von Insekten und Schmetterlingen und ist der Auslöser dafür, dass ihre Mutter auf die Krise reagiert, indem sie anfängt, sich und ihre Familie mit Insekten zu ernähren, um ihren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Aber die eigene Aufzucht von Insekten misslingt und auch ihr Bienenvolk überlebt nicht, genau wie massenhaft andere Insekten, die irgendwann tot in der Landschaft herum liegen. Außerdem mutieren Bakterien- und Virenstämme, sodass das Buch auch dem Genre „Fictional Reality“ zugeordnet werden könnte.

Boyle ist ein guter Beobachter dessen, was in der Welt passiert. Er beschreibt, wie unterschiedlich die Protagonisten mit den Auswirkungen der klimatischen Veränderungen umgehen. Während Cat und ihr Mann, der Außendienstler für Bacardi-Rum ist, den Sinn ihres Lebens mithilfe von Cocktails wegschlürfen, versuchen ihre Eltern sich mit ihren Mitteln an die Veränderungen anzupassen und ihr Bruder Cooper gehört zu den Klima-Aktivisten.

Blue Skies ist ein apokalyptischer Endzeit-Thriller mit einer sehr spannenden Handlung voller überraschender Wendungen. Wem ein Sachbuch zum Thema Klima vielleicht zu trocken ist, sollte dieses Buch lesen.

ISBN-13: 9783446276895

Bürgerstiftung meets Bündnis gegen Rechts

PUNK AGAINST RACISM

DIESMAL ZU GAST:

KUNTERBUNT & FRIENDS

TRICKY WOO

WORST BAND IN TOWN

ANTIPLUG

DIRECT MUSIC REACTION

LOVE MUSIC HATE FASCISM

Freitag | 20. Oktober 2023
19.00 Einlass
Rohrmeisterei Schwerte

Soli Eintritt 2-5 € für:

SCHWERTE GEGEN RECHTS

ROHRMEISTEREI BÜRGERSSTIFTUNG

WIR GIBEN STÄTTEN KULTUR!

Summer-Party der Linken in Schwerte

Am 12.08.2023 um 14 Uhr fand unsere zweite Summer-Party als Open Air Veranstaltung auf dem Gelände der Heidekneipe in Schwerte statt. Und trotz der widrigen Wetterumstände blieb die Summer-Party eine Open Air Veranstaltung. Das lag zum einen daran, dass die fest installierte Bühne das abkann und Musiker und Technik geschützt waren und zum anderen daran, dass sich Organisatoren, Helfer, Musiker und Publikum nicht von zwei heftigen sintflutartigen Gewittern den Tag vermiesen lassen wollten.

Leider hatte die Hüpfburg, die von Helfern des VSI aufgebaut und betreut wurde, wegen des Wetters nicht viele Besucher, anders als beim Sommerfest vor einem Jahr am Wuckenhof, wo sie sehr gut angekommen war. Aber wer will sich schon nasse Socken holen ...

Das Schietwetter tat allerdings der guten Stimmung keinen Abbruch; zu dieser haben maßgeblich die Auftritte von Newtown, Lasse Willnat, LaermProzess und Buddy Rock beigetragen.

Newtown kam mit einer kleinen Beset-

zung, weil am Abend noch ein Gig für die gesamte Kapelle anstand. Sophia, Lena und Dominik waren genau richtig, um das Publikum in Stimmung zu bringen, was spätestens mit dem J.J. Cale-Klassiker Layla gelang. Lasse Willnat musste kurzfristig dem Gewitter weichen, weil das Publikum Schutz suchend geflüchtet war, lieferte aber davor und danach grandios ab.

Der folgende Auftritt von Laermprozess lieferte Punk vom Feinsten mit Texten, die wie Faust auf Auge zum Weltbild von Linken und Vertretern von „Schwerte gegen Rechts“ passten. Punk hat auf jeden Fall neue Fans gewonnen.

Mittlerweile war die Sonne draußen und lieferte Support in Form von wärmenden und trocknenden Sonnenstrahlen für den Auftritt von Buddy Rock. Die Band von Peter Höck, dem Leiter der Schwerter Tafel, lieferte eine Mischung von Boogie, Hard Rock und Blues Rock ab und wurde freundlich, aber bestimmt zu mehreren Zugaben gezwungen.

Auch für die Schwerter Tafel hat sich

Summer-Party der Linken in Schwerte

**12.8.23
14:00 h**
AUF DER HEIDE
Kneipe & Kultur
Heidestr. 55
58239 Schwerte

Open-Air-Music



NEW TOWN
NewTown
Rock/Pop
Indie/Punk
aus Schwerte

LAERM PROZESS
LAERM PROZESS
Punklärm, Punk
Pop & Punk Rock

Lasse Willnat
Akustikgitarre
Pop-Songs
für Jung und Alt

BUDDY ROCK
Hard Rock, Southern Rock, Blues-rock und vieles mehr!

Summer-Party auf der Heide zugunsten der Tafel Schwerte

Wir laden alle Bürgerinnen und insbesondere die Kundinnen der Schwerter Tafel zum Sommerfest auf der Heide ein. Der komplette Erlös dieses Festes geht als Spende an die Schwerter Tafel.

Wir bieten

- Wurst vom Grill, leckere Salate, kühle Getränke und Kaffee und Kuchen
- Musik open Air
- für Kinder: Hüpfburg, Torwand

Grundsätzlich zahlen Gäste mit Tafelausweis stark ermäßigte Preise.

Die Linke Stadtverband Schwerte
Kleppingstr. 7, 58239 Schwerte
Tel.: 02304-9961810
Email: dielinke-schwerte@web.de

die Summer Party gelohnt. Durch den Verkauf von Grillwurst in allen möglichen Variationen, Kuchen und Salaten kamen 500 Euro zusammen, die mittlerweile an Peter Höck übergeben worden sind.

Wie bedanken uns bei allen Helfern des Kreisverbandes, allen privaten Salat-

und Kuchenspendern, Unterstützern vom VSI und natürlich bei den Sponsoren Bäckerei Becker, Getränke Althoff und der Metzgerei Kleiner.

Bilder Summer-Party



Buddy Rock



LAERM PROZESS



Buddy Rock



Lasse Willnat



Die LINKEN am Grill



Peter Weyers und Peter Höck

Spendenübergabe an die Schwerter Tafel



DIE LINKE Schwerte hat den Überschuss von Sommerfest in Höhe von 500 € an die Schwerter Tafel übergeben (von Links: Walter Wendt-Kleinberg, Karl-Heinz Schimpf, Peter Höck (Tafel Schwerte) und Peter Weyers, der Sprecher der LINKEN in Schwerte).



DIE LINKE.